

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Herr Dr. Berger, ich würde einen Blick in das Gesetz empfehlen. Dort steht nichts von Vereinbarung. Dort steht: „Zur Steuerung des Hochschulwesens entwickelt das Land strategische Ziele ...“

Wir werden das anders machen. Wir wollen strategische Ziele mit dem Landtag gemeinsam abstimmen, das Parlament daran beteiligen und dann Hochschulverträge mit den einzelnen Hochschulen abschließen. Aber natürlich werden diese Verträge, wie der Name schon sagt, miteinander vereinbart. Ihr aktuelles Gesetz sieht vor, dass man den Hochschulen einfach mal eben die Mittel streicht und einen Haushaltskommissar einsetzt. Das ist nicht unser Vorgehen. Wir werden dort zu gemeinsamen Verträgen und zu einer verlässlichen Zusammenarbeit kommen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, fast 8 Milliarden € für den Einzelplan 06, das ist wirklich viel Geld. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir mit ihrem Steuergeld verantwortungsvoll umgehen. Auch und gerade deshalb wollen wir im neuen Hochschulzukunftsgesetz mehr Transparenz und mehr Abstimmung zwischen den Hochschulen und dem Land schaffen. Beides zusammen, die ambitionierten Ziele im Einzelplan 06 und das Hochschulzukunftsgesetz, sichern die Zukunft von Bildung und Forschung in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4406, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen?

(Zurufe)

– Damit ist der **Einzelplan 06** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **angenommen**.

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

In Verbindung mit:

Schulsozialarbeit in NRW sicherstellen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4384

Ich gebe den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 11, Drucksache 18/4411.

Wir kommen zunächst zum

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die geringere wirtschaftliche Dynamik von Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wieder. Die Zahl der Erwerbslosen ist höher, und die Integrationserfolge gerade bei den Langzeitarbeitslosen sind geringer als in anderen Bundesländern.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Weder diese Landesregierung noch Sie persönlich als Minister sind dafür allein verantwortlich.

(Minister Guntram Schneider: Da bin ich ja froh!)

Aber – und da sind Sie schon in der Verantwortung – Sie haben die Aufgabe, Lösungen und Perspektiven für diese unbefriedigende Situation zu finden.

(Unruhe)

Aber, meine Damen und Herren, das funktioniert nur, wenn eine Regierung einen Plan hat, mit einer Stimme spricht und die gleichen Botschaften vertritt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Kerkhoff, ich bitte einen Moment um Aufmerksamkeit. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade den einen Wechsel zu dem Einzelplan 11 vorgenommen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die Gespräche führen, diese außerhalb des Plenarsaals fortzusetzen, damit der Abgeordnete Kerkhoff in Ruhe seine Rede halten kann.

(Beifall von der CDU, der FDP, den PIRATEN und Günter Garbrecht [SPD])

Matthias Kerkhoff (CDU): Wenn der Wirtschaftsminister eingesteht, dass er eigentlich nur rhetorisch wirken könne, den Wirtschaftsstandort NRW mit all

seinen Facetten und Wirtschaftszweigen starkredet und das Engagement und die Innovation lobt, so sind Sie, Herr Minister Schneider, das Kontrastprogramm dazu.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie sind der Miesepeter dieser Landesregierung, bei dem es Entrüstung und Empörung auf Knopfdruck gibt.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!
– Lachen von Minister Thomas Kutschaty)

Bei Ihnen ist das Glas immer halb leer. Sie wittern immer überall Missbrauch: bei der Zeitarbeit und bei Werkverträgen; Sie machen Minijobs schlecht,

(Zuruf von der SPD: Sie sind schlecht!)

Und Sie machen die Ausnahmen und Auswüchse, die niemand bestreitet, zur Regel in diesem Land.

(Beifall von der CDU und Ulrich Alda [FDP])

Damit sorgen Sie für ein Klima, das schädlich ist für NRW und eben nicht dazu einlädt, am Standort Nordrhein-Westfalen zu investieren.

Zuletzt war dieser Mechanismus bei der Darstellung der Lage am Ausbildungsmarkt zu besichtigen. Ich sage es vorweg: Damit sind wir alle nicht zufrieden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von Günter Garbrecht [SPD] und Serdar Yüksel [SPD])

Die Wirklichkeit ist viel komplexer, als Sie es gern hätten. Wir stellen fest, dass es trotz der demografischen Entwicklung und einem sich in Bereichen abzeichnenden Fachkräftemangel wenig Neigung gibt, über Bedarf auszubilden. Gerade für kleine und mittlere Betriebe ist es wahrscheinlich auch gar nicht machbar, sich sozusagen ein Fachkräftereservoir auf Vorrat anzulegen.

Wir haben aber auch die Situation, dass in einigen Regionen mehr freie Ausbildungsplätze als Bewerber vorhanden sind oder Angebot und Nachfrage inhaltlich nicht zusammenpassen. An anderer Stelle passen Bewerber mit Blick auf ihre Eignung für eine bestimmte Ausbildung nicht mit den Anforderungen der Berufe überein.

Das Bild ist also bunt. Sie haben es in Ihrer Analyse nicht geschafft, in die Tiefe zu gehen und zu hinterfragen, woher die Diskrepanz kommt und wie man den sogenannten Mismatch verhindern kann. Stattdessen reden die ersten Abgeordneten in den Regierungsfractionen schon wieder öffentlich über eine Ausbildungsplatzabgabe.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Ich kann davor nur warnen, dieses Gespenst aus dem Schrank zu holen. Wenn wir im Ausland dafür werben, die duale Ausbildung einzuführen, können Sie doch nicht gleichzeitig erklären, dass das Sys-

tem nicht taugt und wir eine Abgabe bräuchten. Das passt hinten und vorne nicht zusammen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich aber auch etwas zum Haushalt sagen. Herr Minister, Sie haben im Ausschuss gesagt – ich zitiere –: Im Wesentlichen ist unser Haushalt dadurch gekennzeichnet, dass wir Überrollungen vorgenommen haben.

Ich sage Ihnen: Genau das ist das Problem. Ihnen fehlt jegliche Kreativität. Sie sind nicht bereit und fähig, Veränderungen herbeizuführen und Ihr Haus in die Lage zu versetzen, manches neu zu durchdenken und zu anderen Strukturen zu kommen, die dafür sorgen würden, manches kostengünstiger durchzuführen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich nenne an dieser Stelle den Arbeitsschutz. Wir beantragen, den Arbeitsschutz neu zu organisieren. Zuständig sind bislang sowohl der staatliche Arbeitsschutz wie auch die gesetzliche Unfallversicherung. Ineffizienzen und Kostensteigerungen sind die Folge der bestehenden Doppelstruktur. Stattdessen sollen Synergien genutzt werden, um Kosten und bürokratischen Aufwand zu sparen.

Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich seit drei Jahren beharrlich jeglichen strukturellen Reformen. Solide Finanzpolitik findet nicht statt. In den Beratungen zum Haushalt haben wir bereits zukunftsweisende Vorschläge gemacht, wie die Sanierung der Finanzen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft gelingen kann. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 haben wir weitere Vorschläge erarbeitet, die unser Sanierungskonzept fortsetzen und ausbauen.

Es bleibt genug für die zu tun, die willens und in der Lage sind, dieses Land zu verändern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht der Abgeordnete Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kerkhoff, ich muss mich schon wundern. Ich habe mir „Miesepeter der Landesregierung“ aufgeschrieben. Sie wollen also ganz offensichtlich keinen Arbeitsminister, der die Finger in die Wunde legt? Sie halten es für Miesepeterei, wenn jemand die Verwerfungen des Arbeitsmarktes anspricht? Sie haben aber vorher moniert, dass in Nordrhein-Westfalen möglicherweise Verwerfungen bestünden.

Ich habe eben darüber nachgedacht, als Sie die Unternehmen in Schutz genommen haben, die nicht

oder zu wenig ausbilden, dass von 2005 bis 2010 immer auf den Fluren der CDU-Fraktion kolportiert wurde, man sei so stolz, dass der CDA-Einfluss so hoch sei. Jetzt spricht von Ihnen ein Redner zur Arbeitsmarktpolitik, und ich kann Ihnen versichern: Diesen Stolz haben Sie Ihrer Fraktion heute genommen. Wenn Sie nur die Betriebe in Schutz nehmen und überhaupt keine Arbeitnehmerpositionen vortragen, brauchen Sie diesen Stolz beim zentralen Punkt der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr zu haben.

Als Höhepunkt tragen Sie vor, Sie hätten mit hoher Kreativität Haushaltsvorschläge gemacht. Als ich Ihre Haushaltsanträge las, musste ich an Wilhelm Busch denken, bei dem es die Witwe Bolte gibt, die dafür besonders schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt.

(Lachen von Matthias Kerkhoff [CDU])

Das sind Ihre Anträge auch. Sie wollen bei der G.I.B. und bei der TBS kürzen. Herr Kerkhoff, Sie sind noch nicht lange im Landtag. Ich bin Abgeordneter seit dem Jahr 2000. Ich erlebe meine 14. Haushaltsberatungen. Ich wette mit Ihnen, dass das 13 Mal bei Ihnen stattgefunden hat: G.I.B. kürzen und TBS kürzen, ohne jegliche Kreativität, immer wieder neu aufgewärmt, weil man irgendetwas finden will, warum man denn den Arbeitsmarkthaushalt ablehnen will. Ich kann da überhaupt keine Originalität feststellen – wirklich ein ganz bemerkenswerter Auftritt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Richtig ist, dass sich die Struktur der Arbeitsmarktpolitik, der Haushaltspolitik im Bereich Arbeit, bewährt hat und fortgesetzt wird. Der Beweis war Ihr Vortrag: Sie sind auf die eigenen Änderungsanträge bis auf eine einzige Ausnahme gar nicht mehr eingegangen, weil Sie wahrscheinlich auch wussten, dass das alles nach dem Motto geht: „... wofür sie besonders schwärmt, wenn es wieder aufgewärmt“. Wahrscheinlich hat Ihnen ein älterer Kollege schon gesagt, dass Sie das schon 13 Mal durchgenudelt haben und Ihnen sonst nichts eingefallen ist.

Nun komme ich zum Inhalt dessen, was ich vortragen wollte: Wichtig sind die Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktpolitik. Wir haben jetzt den Bescheid, dass wir an ESF-Mitteln 620 Millionen € erreichen werden. Nach dem, was Ihre Bundesregierung unter Frau Merkel da ein Stück weit in Europa verbrochen hatte, dass man nämlich weniger einzahlen wollte, wundern Sie sich im Ausschuss, dass weniger dabei herauskommt. Das ist eine ziemliche Milchmädchenrechnung; das ist dann so. Vor dem Hintergrund können wir noch froh sein, dass wir nur 10 % weniger bekommen als in der Periode zuvor, sodass wir jetzt mit 620 Millionen rechnen und dem Ministerium dankbar sein können, dass es das, was Frau Merkel verursacht hat, halbwegs ausgeglichen hat.

Wir brauchen für die Rahmenbedingungen natürlich die Bundespolitik. Herr Alda wird mich böse anschauen, wenn ich über den Mindestlohn rede, aber wir brauchen auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen einen Mindestlohn, weil wir damit die Zahl der Aufstocker reduzieren können bzw., wenn es noch Aufstocker gibt, wenigstens die Summe der Aufstockungsbeiträge, die sie benötigen, reduzieren können.

Wir brauchen bei der Leiharbeit und den Werkverträgen natürlich einen gesunden und regulierten Arbeitsmarkt. Wir haben heute die ersten Vereinbarungen aus Berlin gelesen. Man muss sicherlich noch einmal bei der einen oder anderen Vereinbarung genauer hinschauen, wie das Ganze aussieht, wenn es konkret in Gesetzesform gegossen ist. Wir benötigen diese Rahmenbedingungen auf jeden Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, um eine erfolgreiche Politik fortsetzen zu können.

Herr Kerkhoff, ich vermute, Sie haben noch gar nichts darüber gehört, dass wir ein neues Übergangssystem „Schule – Beruf“ installiert haben, denn Sie haben festgestellt, dass diese Regierung und damit auch die Koalition gar nichts Neues machen. Ich sage Ihnen das jetzt: Dieses, wohlgehemmt, neue Übergangssystem „Schule – Beruf“ findet bundesweite Anerkennung. Darauf sind Sie aber nicht eingegangen.

Das ist eine wichtige Aufgabe. Vielleicht nehmen Sie in der nächsten Sitzung auch wahr, dass es wichtig ist, das jetzt einzurichten, damit wir an dieser Stelle vorankommen. Eine der Aufgaben wird sein, das in die Breite zu tragen, damit sich die Betriebe, die Akteure vor Ort noch einmal mit den Vorteilen des Systems auseinandersetzen können. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

Beim zweiten Bereich nehme ich die Kontraposition zu Ihnen ein: Sie stellen fest, dass die Wirtschaft gar nicht mehr ausbilden kann, wenn ich das in Kurzform gieße; so habe ich Sie verstanden. Es ist eine wirklich skandalöse Bilanz zur Ausbildungssituation in NRW gezogen worden: im zweiten Jahr mit zurückgehenden Zahlen von Ausbildungsverträgen und Ausbildungsangeboten. Das kann weder gesellschaftspolitisch richtig sein, weil die jungen Menschen eine Perspektive brauchen, noch betriebswirtschaftlich, weil die Betriebe und die Beteiligten auf den Veranstaltungen der Wirtschaft, bei denen ich bin, permanent über Fachkräftebedarf sprechen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Fachkräfte gewinnt man im Wesentlichen durch eigene Ausbildung, indem man etwas tut. Insofern besteht eine große Diskrepanz. Wir haben noch eine Menge zu tun. Ich will an dieser Stelle an die Wirtschaft appellieren, auch im betriebswirtschaftlichen Interesse mehr auszubilden und den Fachkräftebedarf der Zukunft im eigenen Betrieb bereits jetzt

ins Auge zu fassen und etwas zu tun. Ich habe häufig das Gefühl, dass die Klagen in den Sonntagsreden nicht ganz mit dem Handeln der Betriebe am darauffolgenden Montag oder Werktag übereinstimmen.

Daran werden wir arbeiten. Wir haben noch das eine oder andere zu tun – auch bei der Arbeitsmarktpolitik. Ich werbe daher um Zustimmung für unseren Haushalt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht der Abgeordnete Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bischoff, ich muss gleich den Anfang meiner Rede umschmeißen. Gut, Sie sind seit dem Jahr 2000 hier. Sie werfen dem Kollegen vor, dass er nichts Neues hat? Sie machen doch seit der Zeit das Gleiche: immer nur Schulden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Rainer Bischoff [SPD]: Das stimmt ja gar nicht!)

Der ganze Haushalt ist doch ein Fall für Peter Zweigat; das will ich Ihnen einmal ganz ehrlich sagen. Wir hören auch nur immer etwas über gestaltende Haushalte; letztlich sind es Schulden.

Bei uns steht die Erreichung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 hoch im Kurs. Daher sehen wir die geplanten Ausgabensteigerungen und Umverteilungen in Höhe von 400 Millionen € im Haushalt des MAIS mit Sorge, Herr Minister.

Aber, meine Damen und Herren, kommen wir zur Arbeitsmarktpolitik. Gerade die Impulse für den Arbeitsmarkt vermisste ich in der Politik des MAIS – insbesondere bei den Auszubildenden und den Langzeitarbeitslosen. Die Lage ist in Nordrhein-Westfalen nicht positiv. Die Arbeitslosenquote ist von 7,9 % auf 8,2 % gestiegen. Damit liegen wir weit über dem Durchschnitt des Bundes von 7,4 %.

Diese Entwicklung wurde kürzlich auch vom DGB-Landesvorsitzenden kritisiert. In dessen Trendreport 2013 wird ausgeführt, dass genau gezielte Impulse kommen müssen – und zwar für die Industrie und die Dienstleistungsbranche. Aber die, Herr Minister, werden hier in Nordrhein-Westfalen ausgebremst und zwar bei den Investitionen. Ich nenne nur Dateln 4, newPark, Klimaschutzgesetz etc.

(Beifall von der CDU)

realisierte und geplante Steuererhöhungen, Grunderwerbsteuer, Vermögensabgabe und was da vielleicht noch so geplant ist und – ich bleibe bei dem Wort, das ich jetzt sage, Herr Präsident – durch solche Faxen wie das Tarifneugesetz.

Der Arbeitsmarkt kommt nicht in Fahrt. Im Gegenteil: Insbesondere Langzeitarbeitslose haben in NRW zu geringe Chancen auf den Wiedereinstieg. Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet jedoch nicht nur einen volkswirtschaftlichen Kostenfaktor, sondern auch eine persönliche Tragödie. Bei demjenigen, der einmal ins Stolpern gekommen ist, sehe ich die Politik in der Verpflichtung, ihm wieder auf die Beine zu helfen.

(Heiterkeit von Torsten Sommer [PIRATEN])

– Ich weiß, worauf du hinauswillst: keine Sanktionen mehr. – Davon werde ich aber nicht abgehen.

Die Menschen dazu zu befähigen, wenn sie einmal gestolpert sind, ist – ich wiederhole es – meines Erachtens die Aufgabe der Politik.

Gerade im Hinblick auf die hohe Anzahl von langzeitarbeitslosen Menschen empfinde ich das Programm mit den 800 Plätzen, die die Landesregierung schaffen will, als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Langfristig bietet unseres Erachtens nur der erste Arbeitsmarkt in Industrie und Gewerbe die Chance, die Leute unterzubringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hier ist die Schnittstelle zum Ausbildungswesen. Meine Vorredner haben es gerade schon angeschnitten: Minister Schneider beurteilt den Rückgang der Ausbildungszahlen um 2 % in der Industrie und im Gewerbe als ausgesprochen unbefriedigend. Gut; darüber können wir diskutieren. Aber dann, Herr Minister, möchte ich gerne eine Antwort auf die Frage haben: Wenn das unbefriedigend ist, wie erklären Sie sich dann den Rückgang im öffentlichen Dienst von 4 %? Ist das dann ganz unbefriedigend?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mein Mathelehrer hätte damals gesagt: Sieben minus. Ich weiß, dass es das nicht gibt, aber das war bei ihm die hässlichste Zensur.

Wir sehen als Adressaten für eine höhere Ausbildungsquote nicht nur die Unternehmen alleine. Es wird auch ein besserer Übergang von der Schule in den Beruf benötigt. Ich weiß, dass wir hier Anstrengungen unternehmen. Aber gerade mit Blick auf die Zahl derer, die keinen Schulabschluss erreichen, müssen wir noch mehr tun.

Die Landesregierung muss für vernünftige Rahmenbedingungen sorgen, damit die Unternehmen Sicherheit haben und notwendige Ausbildungsplätze schaffen können. Auch hier wird durch Monster wie dem Tarifneugesetz, dem Energiestreit in NRW und der Schuldenpolitik nur Unsicherheit in die Firmen gebracht. Mal ganz offen: Wer stellt denn für einen Zeitraum von drei bis dreieinhalb Jahren einen unkündbaren Auszubildenden ein?

Dabei ist nicht zu vergessen, dass vor allem kleine Betriebe Unterstützung benötigen, um ihren Beitrag

zur Ausbildung leisten zu können. Dass die überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen im Handwerk und in der Industrie dabei ebenso unverzichtbar sind wie die Verbundausbildung, ist unstrittig. Uns treibt jedoch die Sorge um, dass bei der zukünftigen Verteilung der ESF-Mittel bei der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung gekürzt wird. Aber es sind jetzt endlich auch Parlamentarier in den Begleitsitzungen.

Jetzt muss ich leider etwas zur CDU sagen. FDP, SPD, Grüne und Piraten waren dabei in der letzten Woche vertreten und haben die Kontrollfunktionen des Parlaments über die ESF-Mittel wahrgenommen. Wir waren Gäste im Ministerium. Ich hoffe, die Regierung sieht es auch so, dass sie Gast hier im Parlament ist.

Meine Damen und Herren, zu einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik gehört, die Ursachen für zukünftige Krisen so früh wie möglich aufzuspüren. Das Thema Fachkräftesicherung spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle.

(Beifall von der FDP)

Immer mehr Arbeitgebern wird klar, dass die Innovationsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens mittel- bis langfristig davon abhängt, ob fachlich versierte und engagierte Fachkräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2025 wird NRW nach Informationen der NRW-Regionaldirektion – die sitzt direkt um die Ecke – rund eine Million Fachkräfte verlieren. Deshalb ist es zwingend erforderlich, das ganze Arbeitspotenzial der Bevölkerung zu nutzen, insbesondere bei Jugendlichen, bei Älteren – nicht zu vergessen – und bei denjenigen mit ausländischen Bildungsabschlüssen.

Nicht gerade hilfreich dabei ist die Spezilität von Arbeitsminister Schneider, eine extrem wachsende Prekarisierung des Arbeitsmarktes sozusagen herbeizubeklagen. Es ist jedes Mal eine unüberhörbare Anspielung auf die Apokalypse und das Jüngste Gericht. Ja, ich möchte fast von „plakativer Monumentalität“ sprechen, wenn ich Sie zu diesem Punkt reden höre.

(Beifall von der FDP)

Selbstverständlich gibt es Fälle von unfairen Arbeitsbedingungen und unfairen Entlohnungen, zum Beispiel durch Werkverträge. In der Vergangenheit haben wir Minister Schneider aufgefordert, Transparenz diesbezüglich zu schaffen, inwieweit Werkverträge tatsächlich missbraucht werden. Auf die Antwort darauf warten wir noch.

Ich komme zum Schluss. In vielen Fällen möchten Sie ein bisschen den Status quo bewahren. Wir fordern Sie auf, mehr Mut zu haben. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Alda, insbesondere was den Hinweis auf die Zeit angeht. – Nun hat Frau Kollegin Maaßen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz schwieriger Haushaltssituation bleiben für uns Grüne wichtige Kernbereiche der Arbeitsmarktpolitik erhalten. Hervorheben möchte ich hier das Übergangsmanagement Schule – Beruf.

Hier haben wir in diesem Jahr gemeinsam mit der BA einen neuen Baustein ins Programm aufgenommen: berufsvorbereitende Maßnahmen mit einem produktionsorientierten Ansatz. Zielgruppe sind besonders förderungswürdige Jugendliche, die durch praxisorientiertes Lernen am Produkt wieder an die Schule herangeführt und zu einem Schulabschluss motiviert werden sollen. Dieses Projekt wollen wir Regierungsfractionen intensiv weiter begleiten. Ziel ist es, zu einem eigenen Modell „Produktionsschulen NRW“ zu kommen.

Auch der soziale Arbeitsmarkt geht in eine weitere Ausschreibungsrunde. Wir Grünen halten es nach wie vor für richtig, Beschäftigung für die Menschen öffentlich zu fördern, die am Rande unseres Arbeitsmarktes stehen.

Herr Alda, ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass auch Sie in Ihrer Rede darauf hingewiesen haben, wie schwierig die Lebenssituation langzeitarbeitsloser Menschen ist. Ich muss Ihnen aber leider vorhalten, dass die schwarz-gelbe Regierung die Eingliederungstitel massiv gekürzt hat und wir in NRW es dadurch schwierig haben, Programme anzubieten.

Nach wie vor verschließt die CDU gerade in diesem Bereich ihre schwarzen Augen, wie man jetzt auch auf der Bundesebene wieder sehen kann. Der soziale Arbeitsmarkt kommt im Koalitionsvertrag nicht vor. Dass rund eine Million Menschen verfestigt und aussichtslos in Arbeitslosigkeit verharren, wollen Sie nicht wahrhaben, geschweige denn etwas dagegen tun. Sie setzen nach wie vor auf arbeitsmarktnahe Personen, verkaufen die Zunahme der Zahl von Minijobs und die Ausweitung von Werkverträgen als Teil eines Jobwunders.

Erschreckend, liebe CDU-Fraktion, finde ich Ihre beiden Vorschläge zum Haushalt, die ich der CDU-Gruselliste „Wir sanieren Nordrhein-Westfalen“ entnehmen konnte: Abschaffung der Arbeitslosenzentren und der Erwerbslosenberatungsstellen sowie Einstellung der Kompetenzzentren Frau und Beruf. Die Arbeitslosenzentren und die Erwerbsberatungsstellen werden sehr gut frequentiert. Gerade hat es eine Befragung der Nutzerinnen und Nutzer gegeben mit dem Ergebnis, dass der Zufriedenheitsgrad durchweg hoch ist. Insbesondere die Hilfestellung

bei der Vermittlung in Arbeit wurde hier hervorgehoben. Wären Sie ebenfalls in der letzten Woche – Herr Alda sprach es schon an – im ESF-Begleitausschuss gewesen, hätten Sie das positiv vernehmen können.

Die CDU-Fraktion will hier Zielgruppen gegeneinander ausspielen: mehr für das Werkstattjahr, obwohl durchaus fragwürdig in den Ergebnissen; nichts mehr für die Beratung langzeitarbeitsloser Menschen. Sie schieben die Geldtöpfe zwischen den Benachteiligten hin und her. Konzeptionelle, zielführende Ideen für die Teilhabe bisher ausgeschlossener und ausgegrenzter Menschen weist Ihre Gruseliste nicht auf.

Dann kam der grandiose Vorschlag, die Kompetenzzentren Frau und Beruf ersatzlos zu streichen. Nein, das sind nicht die von Ihnen genannten Regionalstellen Frau und Beruf – die haben Sie in Ihrer sehr kurzen Regierungszeit bereits eingestampft. Sie kommen noch nicht einmal mit den Begrifflichkeiten klar, geschweige denn scheint Ihnen bekannt zu sein, dass die von Rot-Grün initiierten Kompetenzzentren Frau und Beruf Netzwerkstrukturen schaffen, informieren und sensibilisieren zum Einstieg, Verbleib und Aufstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt.

Wir Grünen haben uns die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen schon immer zum Ziel gesetzt. Nun haben es aber auch die letzten Wirtschaftspatriarchen gemerkt: Wir haben Frauen in allen Wirtschaftsbereichen und Positionen bitter nötig. In dieser Situation die Förderstrukturen für Frauen wieder einstellen zu wollen und Frauen weiter unter einem gläsernen Deckel zu halten, hat mit „Zukunft für NRW“ nichts, liebe CDU-Fraktion, aber auch rein gar nichts zu tun. – Vielen Dank!

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Herr Abgeordnete Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Ich könnte an dieser Stelle über einzelne Haushaltsposten referieren und sie kritisieren. Doch würde das wenig Sinn machen, denn es sind weniger einzelne Posten, sondern es ist das Gesamtkonzept, in das der Einzelplan 11 eingebettet ist, das wir kritisieren.

Ich möchte dazu mit einem Zitat von Frank-Walter Steinmeier vom 19.11.2013 beginnen. Er sagte vor dem BDA – ich zitiere –:

„Nachdem wir das alles durchgerungen haben, uns haben beschimpfen lassen dafür, auch Wahlen verloren haben dafür, müssen Sie sich

jetzt nicht vorstellen, dass wir das, was den ökonomischen Erfolg in dieser Republik begründet hat, nachträglich auf irrsinnige Weise infrage stellen.“

(Beifall von der FDP – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Da hat er recht!)

Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man bei der Betrachtung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse vermuten, dass Herr Steinmeier gerade mit der Schlusspointe sein Kabarettprogramm beendet hat. Leider aber ist dies sehr ernst gemeint. Es ist der O-Ton eines SPD-Spitzenfunktionärs.

Wieder und wieder werden die Wohltaten der Agenda 2010 gelobt. Mit Blick auf die Statistiktricks der Agentur für Arbeit könnte man sogar mutmaßen, diese Politik sei erfolgreich gewesen. Doch die Bilanzen der führenden Sozialverbände und die Armutsberichte sprechen dagegen: Für viele Menschen ist der Sturz in Hartz IV die Armutsfalle, aus der sie ihr Leben lang nicht mehr herauskommen. Vollzeit arbeitende Menschen können von ihren Löhnen nicht leben und müssen Transferleistungen beziehen.

Mich kotzt dieses Schreibtischtäterachselzucken regelrecht an. Alles richtig gemacht? – Ja, vielleicht, doch es gibt nichts Richtiges im Falschen. Die Agenda 2010 hat eine automatisierte Lohndrückerpolitik hervorgerufen. Wer will diesen Zusammenhang bezweifeln?

Wo sind die neuen Ideen und Visionen unserer reichen Wohlstandsgesellschaft? Warum erlauben wir uns ein Prekariat, in dem Vollbeschäftigung keine Existenzsicherung erlaubt?

Hannelore Kraft hatte im Jahr 2007 ja schon Visionen beschrieben. Im „Deutschlandradio“ antwortete sie auf die Frage nach einer Perspektive für Langzeitarbeitslose – ich zitiere –:

„Wir nennen das sozialer Arbeitsmarkt. Ich glaube, dass eine Menge zu tun ist in unserer Gesellschaft und dass es sinnvoll ist, nicht nur über 1-Euro-Jobs befristet solche Chancen zu gewähren Mit dem 1-Euro-Instrument geht das nicht. Wir brauchen dafür einen geregelten sozialen Arbeitsmarkt.“

Zitatende!

(Zuruf: Da hat sie recht!)

– Stimmt, die Ministerpräsidentin hat Recht; denn eine Möglichkeit wäre es sicherlich, einen sozialen öffentlichen Beschäftigungssektor zu schaffen. Ich sehe ihn nur nicht. Allerdings würde ich darüber gerne einmal ergebnisoffen diskutieren. Es gibt so viele Fragen: Sind die sogenannten Qualifizierungsmaßnahmen wie zum Beispiel das vierte Bewerbungstraining wirklich erfolgreich? Oder geht es dabei nicht doch nur um das Beschönigen von Statistiken?

Die Grundfrage ist doch: Wie kann eine soziale, demokratische Gesellschaft bei unseren Möglichkeiten denn aussehen?

Unsere Vision ist die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Ich bin gerne bereit, Ihnen vorzurechnen, dass dies einerseits finanzierbar ist und andererseits sogar rechenbares Einsparpotenzial birgt. Bei wahren Interesse können Sie jederzeit gerne Termine mit meinem Büro vereinbaren.

Uns Piraten geht es um ein würdevolles Leben aller Menschen. Jeder weiß, dass das ohne finanzielles Grundrauschen nicht möglich ist. Hier kann die Philosophie der Menschenrechte einmal praktisch werden.

Einem bedingungslosen Grundeinkommen sollten folgende vier Kriterien zugrunde liegen:

Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und keinen Zwang zur Arbeit beinhalten.

Ein so gestaltetes, garantiertes Grundeinkommen setzt konsequent um, was unsere Verfassung fordert. Ein Verlesen von Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2, Art. 6 Abs. 5 und Art. 12 Absätze 1 bis 3, die durch ein bedingungsloses Grundeinkommen fundamental gefestigt würden, erspare ich mir. Ich nehme an und hoffe, dass Ihnen diese Artikel bekannt sind. Lediglich in der konsequenten Auslegung wird es wohl Gesprächsbedarf geben.

Wie Sie sich sicherlich denken können, bin ich, was die ersten 19 Artikel unseres Grundgesetzes angeht, ausnahmsweise Fundamentalist. Wir sollten alle Fundamentalisten sein, was das angeht. Lassen Sie uns ein bedingungsloses Grundeinkommen bitte auch einmal ernsthaft diskutieren! Das ist keine Sozialräumerei, sondern machbar. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Wegner, ich möchte Sie bitten, noch einen Moment am Rednerpult zu bleiben und möchte darauf hinweisen, dass Herr Dr. Stamp eine Kurzintervention angemeldet hat, die hiermit durchgeführt wird.

Außerdem habe ich die herzliche Bitte, Herr Kollege Wegner, dass Sie bei der Auswahl Ihrer Formulierungen vielleicht ein bisschen vorsichtiger sind. Ich möchte es nicht wiederholen, glaube aber, die entsprechende Formulierung in Ihrer Rede war nicht ganz angemessen. Das möchte ich Ihnen hiermit auch noch mitteilen.

Nun haben wir die Kurzintervention, zu der Herr Dr. Stamp das Wort hat.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Sie haben es mir im Grunde genommen weitestgehend vorweggenommen: Herr Wegner, dass sich Ihnen möglicherweise intellektuell nicht erschließt, was bestimmte Notwendigkeiten von Reformen bei der Agenda 2010 waren, sei dahingestellt. Aber ich möchte sagen, dass ich es unglaublich finde, dass Sie Herrn Steinmeier als Schreibtischtäter bezeichnet haben, und möchte Ihnen die Gelegenheit geben, das öffentlich zurückzunehmen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Und ich finde es unglaublich, ihm zu unterstellen, dass sich ihm das intellektuell nicht erschließt!)

Olaf Wegner (PIRATEN): Wenn Sie Herrn Steinmeier mit in diese Personengruppe – es war mehr eine Personengruppe, die ich angesprochen habe – hineinnehmen: Ja. Das hatte ich jetzt gar nicht mal so sehr bei der Rede gedacht, sondern mehr oder weniger geht es um das Tun der derzeitigen Landesregierung. Ich möchte mich dafür entschuldigen, wenn es unangemessen gewesen sein sollte. So zu tun, als wenn alles richtig ist: Es ist – das habe ich jetzt auch eingeräumt – schon möglich, dass Sie im Rahmen der Möglichkeiten das Richtige tun. Nur sind die Rahmen leider so katastrophal. Zumindest haben aber die beiden derzeit die Regierung stellenden Parteien auch die Rahmenbedingungen mit zu verantworten. Deswegen kann ich sie auch dort nicht aus der Verantwortung nehmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wegner, nicht alles, was gemacht worden ist, war und ist richtig. Die Landesregierung bringt ihren Einfluss ein, um notwendige Veränderungen voranzubringen. Wenn Sie den Entwurf für einen Koalitionsvertrag auf Bundesebene lesen, wissen Sie, was ich damit meine.

Im Übrigen ist eines ganz sicher: Diese Landesregierung wird keinen Vorstoß in Richtung eines bedingungslosen Grundeinkommens machen. Geld ohne Arbeit ist für mich undenkbar.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Herr Kerkhoff hat mich eben als „Miesepeter der Landesregierung“ bezeichnet. Ich denke, dass ein Oppositionsabgeordneter immer die Möglichkeit hat, solche Überzeichnungen vorzunehmen. Sie können sicher sein, dass ich mich auch zukünftig, wenn es darum geht, Probleme zu benennen, nicht zurückhalten werde.

(Beifall von der SPD)

Das hat nichts mit Miesepetrigkeit zu tun. Schönreden ist nicht meine Aufgabe, und Schönreden ohne Substanz endet in Propaganda.

(Beifall von der SPD)

Vielleicht haben Sie da mehr Erfahrungen als ich.

Wenn in diesem Industrieland Nordrhein-Westfalen – und wir wollen Nordrhein-Westfalen als Industrieland erhalten – im Bereich der industriellen Kernberufe ein Rückgang der Ausbildungsplatzzahlen um 10 % festzustellen ist, dann ist es in der Tat Aufgabe des Arbeitsministers, dieses Problem zu benennen, um die Verhältnisse umzukehren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es wäre sehr schön, wenn wir die gute Übung fortführen könnten, wonach auch die Opposition sich bemüht, Ausbildungsplätze zu akquirieren. Wenn Herr Tönnies – das war mein Vorschlag – 20 zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Leute aus Gelsenkirchen bereitstellt, dann können Sie sehen: Für mich ist das Glas immer halbvoll statt halbleer. Ich verhandle auch mit Menschen über Ausbildungsplätze, mit denen ich in anderen Fragen nicht immer übereinstimme. Das ist auch meine Aufgabe.

Meine Damen und Herren, einige Schwerpunkte der Landesarbeitsmarktpolitik sind schon benannt worden. Unsere Arbeitsmarktpolitik ist integrierter Bestandteil der Präventionspolitik der Landesregierung. Deshalb steht an erster Stelle unserer Aktivität „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Dabei handelt es sich um den neuen Übergang von der Schule in den Beruf. Dies ist keine Kleinigkeit, es ist so etwas wie eine kleine Kulturrevolution. Erste Erfolge sind sichtbar. Man muss sie nur kennzeichnen und darf nicht über sie hinweggehen.

Wir wollen eine Berufsorientierung ab Klasse 8 in allen Schulformen einführen. Die Verbundausbildung und auch die kooperative Ausbildung werden wir stärken. Auch werden wir – Frau Maaßen sprach davon – zusätzlich produktionsorientierte Maßnahmen fördern.

Dies hat natürlich etwas mit dem drohenden Fachkräftemangel zu tun. Der Rückgang der Ausbildungsplatzzahlen und das Bejammern eines möglichen Fachkräftemangels gehören im Übrigen nicht zusammen. Da muss man sich schon entscheiden, was man will.

Wir wollen eine Fachkräftesicherung betreiben. Hierzu gibt es ein Programm, das aus EFRE-Mitteln mitfinanziert wird. Dieses Programm umfasst zwischenzeitlich 50 Projekte, die in den IHK-Bezirken identifiziert und auf den Weg gebracht worden sind.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kern?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Immer.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Kollege Kern.

Walter Kern (CDU): Herr Schneider, besten Dank, dass ich die Frage stellen darf. Ich will sehr direkt darauf kommen.

Sie sagten eben, dass sich die Oppositionsparteien auch bemühen sollten, Ausbildungsplätze zu generieren. Darf ich Sie zu einer Veranstaltung des Vereins „an die Arbeit“ in Lippe – ich bin deren 1. Vorsitzender – einladen? Morgen wird dort eine Berufsorientierung durchgeführt. Nehmen Sie die Einladung an?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Aber selbstverständlich.

Walter Kern (CDU): Danke schön.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich komme immer gerne in den dritten Landesteil. Morgen geht es nicht, aber wir werden schon einen Termin finden.

Wir werden natürlich die öffentlich geförderte Beschäftigung weiter vorantreiben. Natürlich steht der erste Arbeitsmarkt im Mittelpunkt. Nur haben wir etwa 200.000 Langzeitarbeitslose in Nordrhein-Westfalen, die nicht so ohne Weiteres in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sind. Auf die Gründe hierfür brauche ich im Einzelnen nicht einzugehen. Ich bin ganz sicher, auch eine neue Bundesregierung wird sich dem Problem der Integration von Langzeitarbeitslosen nicht verschließen.

Wir werden das Thema „Faire Arbeit“ weiter vorantreiben. Es geht nicht darum, irgendein Prekariat über die Maßen zu identifizieren; es gibt aber prekäre Arbeitsverhältnisse. Das ist doch nicht von der Hand zu weisen. Offensichtlich spricht die CDU in Berlin eine andere Sprache als die CDU in Düsseldorf. Passen Sie auf, dass Sie nicht in eine hessische Rolle hineingeraten! Übernehmen Sie bitte nicht gerade in diesen Zusammenhängen die Führung, was konservatives Denken anbelangt!

Wir haben in Berlin sehr vernünftig über prekäre Beschäftigung und unsere Alternativen dazu diskutiert. Wir werden natürlich auch den Versuch unternehmen, die Schulsozialarbeit weiter zu finanzieren. Hier gibt es zwei Punkte: Einmal ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Landesregierung schon jetzt Schulsozialarbeit finanziert. In Rede und Kontroversen diskutiert wird die Frage: Was passiert denn mit den Stellen in der Schulsozialarbeit, die bisher

über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanziert worden sind?

Sie wissen – wir haben das hochgerechnet –: Für 2014 reicht die Finanzierung noch aus. Wir brauchen hier eine Anschlussfinanzierung, weil die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes ursächlich nur über Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in diesem schwierigen Bereich möglich ist. Insofern gibt es hier auch inhaltlich eine Verpflichtung des Bundes.

Zum Arbeitsschutz will ich gar nicht mehr viel sagen. Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, wie wichtig Arbeitsschutz ist und dass etwas bewegt werden kann. Ihre Kürzungsaktivitäten im Bereich Arbeitsschutz zeigen mir auf, dass Sie in den letzten vier Jahren nichts, aber auch gar nichts in diesem Bereich hinzugelern haben. Leider ist das so. Ich will auch gar nicht von Ihren Kürzungen sprechen, die Sie bei der G.I.B., bei der TBS, bei den Arbeitslosenzentren vornehmen wollen.

Wenn Sie davon sprechen, dass Landesarbeitsmarktpolitik nicht fantasievoll genug sei, dann würde ich mir einmal die letzten Jahre vornehmen und überprüfen, welche Kürzungen Sie denn beim Haushalt vornehmen wollten. Da ist von Kreativität nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Der Vorwurf mangelnder Kreativität fällt wirklich auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein: Die Arbeitsmarktpolitik ist in Nordrhein-Westfalen unter schwierigen Bedingungen – wir sind nicht in Bayern oder Baden-Württemberg, da geht auch nicht die Zahl der Ausbildungsplätze zurück – ein wichtiges Politikfeld für diese Landesregierung. Und dies wird sich auch im Haushalt zukünftig widerspiegeln. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Teilbereich mehr vor.

Damit kommen wir zum

Teilbereich Integration

Hierzu spricht zunächst für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Einzelplan zur Integrationspolitik im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen nicht kritisiert. Wir werden diesen Einzelplan auch jetzt im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen nicht kritisieren, denn uns, der CDU-Fraktion, ist die Bedeutung dieses Themas Integration sehr wohl bewusst.

Wie Sie sicherlich schon festgestellt haben, haben wir deshalb auch keinerlei Vorschläge für Einsparungen beim Thema Integration gemacht. Ja, wir sind uns über die Bedeutung der Integration in unserem Lande bewusst! Aber: Das bedeutet nicht, mit der Landesregierung immer einer Meinung sein zu müssen. Gerade in letzter Zeit müssen wir als Opposition die Erfahrung machen, dass jegliche Kritik unsererseits von der Landesregierung gleich als Majestätsbeleidigung aufgenommen wird oder uns unterstellt wird, wir würden die Integrationsoffensive des Landes kündigen.

Der unvergessliche Auftritt von Herrn Minister Groschek im Rahmen der letzten Plenardebatte oder auch die Ausfälle des Integrationsministers Schneider im Ausschuss, wo er schon einmal gerne aus dem Nähkästchen plaudert und Unwahrheiten verbreitet – an dieser Stelle ganz konkret: mein Telefonat mit der ehemaligen Staatssekretärin, das niemanden, ich wiederhole: niemanden, etwas angeht oder angehen darf –, sind hierfür zwei aktuelle Beispiele.

(Minister Guntram Schneider: Da haben Sie recht!)

Sie fordern von uns, mit Ihnen an einem Strang zu ziehen, sind uns gegenüber aber nicht immer transparent. Als Beispiel möchte ich hier gerne das „dialog forum islam“ nennen. Mein Kollege Thomas Kufen hat im Ausschuss am 08.10. um die Teilnehmerliste gebeten. Am 26.11., fast anderthalb Monate später, haben wir per Mail einen Hinweis zu einem Link bekommen, wo die Teilnehmerliste aufgeführt sei.

(Christian Möbius [CDU]: So arbeiten die!)

Bezüglich der Bitte, das Protokoll der konstituierenden Sitzung des Islam-Forums, die am 12.09. stattfand, denjenigen, die nicht dabei waren, einfach zur Verfügung zu stellen, stand in derselben Mail der Hinweis – nochmal, die konstituierende Sitzung fand am 12.09. statt –, das Protokoll würde man uns erst ab dem 3. April zur Verfügung stellen können,

(Christian Möbius [CDU]: So schnell arbeiten die!)

weiter mit dem Hinweis, das müsse erst noch abgestimmt werden. Das kann ich alles verstehen. Aber im E-Mail-Zeitalter dürfte es, glaube ich, kein Problem sein, auch im Vorfeld abzustimmen, damit auch diejenigen, die nicht daran teilgenommen haben, einen Einblick bekommen können, was da beschlossen und besprochen wurde. Diesen Umgang finden wir äußerst bedauerlich.

Dennoch will ich an dieser Stelle ganz klar unterstreichen, dass ich die Hoffnung auf ein konstruktives Miteinander im Sinne der Sache nicht aufgeben möchte. Das darf aber nicht bedeuten – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen –, dass wir,

sprich die Opposition, Sie hier nicht kritisieren dürfen, wenn wir einfach anderer Meinung sind als Sie.

Den Einzelplan 11 zur Integration werden wir wie den gesamten Haushalt ablehnen. Unsere Fragen zum Haushalt 2013 bezüglich des Mittelabflusses wurden vonseiten der Landesregierung noch nicht beantwortet. Mit dieser Beantwortung können wir erst im Frühjahr rechnen, so die Landesregierung. Auf diese warten wir auch mit Neugier.

Es steht nach wie vor die Frage im Raum, ob die Landesregierung das Mehr an Geld, das sie integrationspolitisch in die Hand nimmt, auch an richtiger Stelle ausgibt. Beispielsweise wird der islamische Religionsunterricht nicht mit der erforderlichen finanziellen Vehemenz umgesetzt, die nötig wäre, um von einem flächendeckenden und den Ansprüchen gerecht werdenden Unterricht zu reden. Ganz aktuell berichtete mir ein Vertreter einer islamischen Gemeinde, dass es hier nicht daran hapere, dass es zu wenige Lehrer gebe, sondern vor allem daran, dass die Landesregierung hierfür nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung stelle. Die Landesregierung selbst wird am besten wissen, was genau damit gemeint ist. Die Problematik sei schließlich bereits an diese übermittelt worden. Vielleicht muss deshalb auch bei diesem Einzelplan eine Umschichtung erfolgen.

Ich freue mich auf die Antworten des Ministers im Ausschuss und hoffe, dass wir gemeinsam den Weg finden können, wie wir die zur Verfügung gestellten Mittel auch am besten und effektivsten einsetzen können. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Güler. – Herr von Grünberg, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion zum Teilbereich Integration.

Bernhard von Grünberg (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kollegen und Kolleginnen! Liebe Frau Güler, wir sind ja voraussichtlich an anderer Stelle Partner. Ich gehe einmal davon aus, dass wir dann in bestimmten Fragen noch vernünftiger zusammenarbeiten. Wir sollten uns in der Haushaltsdebatte nicht auf irgendwelche Aussagen der Vergangenheit, in der irgendeiner missverstanden worden ist, reduzieren. Wir werden sicherlich die entstandenen Missverständnisse in vernünftigen Gesprächen ausgleichen können.

Meine Damen und Herren, wir hatten kürzlich die Integrationskonferenz in Solingen mit 700 Leuten aus Verbänden, Initiativen und Gruppierungen. Das ist meines Erachtens ein wunderbares Zeichen für die lebendige Szene in Nordrhein-Westfalen gewesen, das deutlich macht, wie viele Menschen in diesem Land sich um Integration kümmern. Wir unterstützen die Arbeit dieser Menschen ganz besonders

und sind auch stolz darauf, dass sich diese vielfältige Arbeit auch an unserem Haushalt ablesen lässt.

Wir haben über das Integrationsteilhabegesetz kommunale Integrationszentren gegründet, die jetzt ans Netz gehen. Sie werden mit dem erheblichen Personal, das wir ihnen zur Verfügung gestellt haben, sicherlich eine ganze Menge von neuen Initiativen entwickeln, die zur Integration führen. Wir haben mit diesen Mitteln im Haushalt einen ganz großen Schwerpunkt gesetzt. Das wird dann hoffentlich große Wirkung in den Kommunen zeigen.

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land, das in der Geschichte immer wieder auf Zuwanderung gesetzt hat. Dadurch haben wir wirtschaftliche Erfolge erzielt.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Unser Blick geht dabei natürlich nach Berlin. Das, was wir jetzt von den Koalitionsverhandlungen hören, dass es das Optionsrecht nicht mehr geben soll, was wirklich eine Katastrophe für die Betroffenen bedeutet, ist einerseits positiv, aber leider konnten wir andererseits die doppelte Staatsangehörigkeit nicht durchsetzen, obwohl sie eigentlich nur noch auf die Türken reduziert ist, weil für Bürger aus vielen anderen Ländern die doppelte Staatsangehörigkeit möglich ist und für Menschen aus Europa sowieso. Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, warum hier immer wieder Blockaden aufgebaut und eigentliche Selbstverständlichkeiten nicht umgesetzt werden.

Auch vom kommunalen Wahlrecht ist leider keine Rede.

Wir bemühen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten, Integrationsräte zu stärken und aufzuwerten. Deswegen haben wir eine Änderung der Gemeindeordnung vorgenommen.

Wir wollen die Migrantenselbsthilfeorganisationen stärken, dass sie im Bereich des öffentlichen Lebens wie selbstverständlich mit einbezogen werden und ihre Kreativität auch entwickeln können.

Wir haben eine ganze Reihe neuer Herausforderungen durch die europäische Zuwanderung im Rahmen der Freizügigkeit zu bewältigen. Diese Zuwanderung hilft uns vor allen Dingen bei der Bewältigung unserer eigenen Generationenprobleme. Sie führt dazu, dass immer mehr Menschen mit großen Hoffnungen auf ihre Zukunft nach Deutschland kommen und sich wünschen, dass diese Hoffnungen auch erfüllt werden.

Und da schaue ich nach Berlin, wo es so ist, dass die Integrationsleistungen auch für diese Menschen eröffnet werden sollen, womit wir die Hoffnung verbinden, diese möglichst schnell in Deutschland zu integrieren. Wir haben 7,5 Millionen € zur Verfügung gestellt, damit nicht nur den Menschen die Integration erleichtert, sondern damit auch den Kommunen

geholfen wird. Leider sehe ich im Koalitionsvertrag in Berlin davon noch nicht sehr viel, wie den Kommunen bei dieser besonderen Bewältigung ökonomisch geholfen werden kann.

Vor dem Hintergrund der Situation syrischer Flüchtlinge haben wir im Rahmen der Pauschalen an die Kommunen auch unseren Anteil in unserem Haushalt geleistet, damit die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen ermöglicht wird und die Kommunen auch ihre Aufwendungen überwiegend erstattet bekommen.

Wir wollen verstärkt Integrationslotsen einsetzen. Auch das ist ein wesentlicher Bestandteil. Damit soll den Menschen die Eingliederung ermöglicht werden. Die Integrationslotsen sollen im Sinne der Teilhabe den Menschen aus den Ländern, aus denen die Zuwanderer kommen, helfen, um so die Integration besser zu gestalten.

Wir haben eine ganze Menge Wünsche in Richtung Berlin. Wir hoffen da auch auf einen Schub in der Integrationspolitik, die sich gut in unsere Integrationspolitik einfädelt. Wir können – ich sage es noch einmal – stolz auf das Erreichte sein. Immerhin haben wir jetzt 27 Millionen € im Integrationstopf. In der Vergangenheit hatten wir dort erheblich weniger. Ich bin sicher, dass die Integration, die wir uns vorgenommen haben, auch gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege von Grünberg. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier im Haus wird immer die gemeinsame Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen beschworen. Deswegen will ich auch mit der positiven Bemerkung beginnen, dass wir es durchaus anerkennenswert finden, dass, wenn auch nur gering, der Haushaltsansatz in diesem Bereich gestiegen ist.

Ich bringe trotzdem gleich noch einen Einsparvorschlag mit. Wir schlagen Ihnen vor, zukünftig die Staatssekretärin wieder durch einen Integrationsbeauftragten zu ersetzen. Die letzten Jahre haben nämlich gezeigt: Es kommt auf die Person und auf die Qualität der Arbeit und nicht auf die Eingruppierung an. Da haben wir, glaube ich, gesehen, dass in den Jahren 2005 bis 2010 in der Integrationspolitik erheblich mehr los war, als das in den letzten drei Jahren der Fall gewesen ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

An die Landesregierung gerichtet sage ich auch, dass es ein Fehler gewesen ist, den parteiübergreifenden Beirat aufzulösen. Denn genau dieser parteiübergreifende Beirat ist die Grundlage dafür gewesen, dass wir hier eine gemeinsame Integrations-

politik gemacht haben. Stattdessen haben wir jetzt rot-grüne Integrationspolitik, die wir als Opposition immer gut finden sollen.

Das, muss ich ganz ehrlich sagen, bin ich nicht bereit hinzunehmen, wenn unsere Vorschläge wie beispielsweise die Flexibilisierung bei den kommunalen Integrationszentren, abgelehnt werden, wenn unsere Vorschläge zum Rechtsanspruch auf Beratung bei Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse abgelehnt werden, wenn sich jetzt schon wieder abzeichnet, dass unsere Kritik an den Veränderungen zu den Wahlen der Integrationsräte und Integrationsausschüsse auf taube Ohren stößt und unser Vorschlag, die Integrationsausschüsse zu erhalten, abgelehnt werden.

Wenn Sie so mit uns umgehen – das können Sie gerne machen, denn Sie haben die Mehrheit hier im Hause –, dann hören Sie bitte auf, sonntags in den Reden zu erzählen, das sei die gemeinsame Politik dieses Hauses.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben das hier aufgekündigt. Dafür tragen Sie dann auch die Verantwortung.

Meine Damen und Herren, wir hätten es gerne anders. Wir stehen auch jederzeit bereit, wieder zu dem früheren Miteinander zurückzukehren.

Es gibt noch ein wichtiges Thema, das wir hier im Hause schon besprochen haben. Das ist das Thema der doppelten Staatsbürgerschaft. Ich kann mich an den hier im Januar eingebrachten Antrag zur Abschaffung der Optionspflicht erinnern. Dazu ist von Rot-Grün vollmundig verkündet worden: Ne, ne, ne, nur die Optionspflicht abzuschaffen, das ist ja viel zu wenig. Wir wollen insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft.

Meine Damen und Herren, dafür, dass sich Sigmar Gabriel auf Ihrem Parteitag breitbeinig hinstellt und die doppelte Staatsbürgerschaft zur Bedingung für die Große Koalition macht, ist jetzt mit der Abschaffung der Optionspflicht und damit der Optionspflicht bei der Kinderstaatsbürgerschaft wirklich sehr wenig herausgekommen. Ich wundere mich, dass Sie das hier so mir nichts, dir nichts beiseiteschieben.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Grünen das ähnlich sehen.

Ich bin auch mal gespannt, was aus der Bundesratsinitiative Nordrhein-Westfalens wird. Es konnte Ihnen ja vor der Sommerpause gar nicht schnell genug gehen, als wir gesagt haben, wir hätten noch Beratungsbedarf, wir würden gerne der Union in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit geben, sich vielleicht an der Initiative noch zu beteiligen, und gucken, dass wir vielleicht einstimmig aus dem Haus rauskommen. Da konnte es Ihnen wieder nicht schnell genug gehen, weil Sie letztendlich

glauben, dass Sie die Guten sind und hier die Integrationspolitik bestimmen. Dem ist nicht so. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt auch ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die grüne Fraktion hat nun Frau Kollegin Velte das Wort.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Land ist bunt geworden, und das ist gut so. Darauf sollten wir stolz sein. Ihre Enttäuschung darüber, dass die doppelte Staatsangehörigkeit nicht im Koalitionsvertrag steht, teile ich voll und ganz, Herr Dr. Stamp;

(Beifall von den GRÜNEN)

wobei mir nicht ganz klar ist, wieso Sie diesen Haushalt ablehnen. Das ist mir bei der CDU jetzt auch nicht ganz klar geworden, warum der Haushalt, der angesichts der Integrationsaufgaben, die wir eigentlich in diesem Lande zu leisten hätten, kein Riesenvolumen hat, abgelehnt wird.

Ihre Enttäuschung darüber, dass man unterschiedlicher Meinung ist, Herr Dr. Stamp, kann ich verstehen. Die teile ich aber nicht immer, denn Fortentwicklung heißt auch Auseinandersetzung. Ich finde es gut, dass wir mehr und mehr ins Gespräch kommen und auch unterschiedliche Positionen austauschen und weiterführen, und das auch im Rahmen der Integrationsräte, wobei wir da sicher noch eine Diskussion zu führen haben.

Ihren Vortrag, Frau Güler, habe ich nicht so ganz verstanden, weil ich mich gefragt habe: Worum geht es hier eigentlich? Der Religionsunterricht gehört ja nicht in den Integrationshaushalt. Meines Wissens – dazu werden wir ja in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal einen Bericht bekommen – ist bislang noch kein Antrag abgelehnt worden. Wir werden abwarten müssen, wie sich der Bericht des Schulministeriums im Integrationsausschuss auswirken wird. Mit dem Haushalt, über den wir hier heute sprechen, hat das nichts zu tun.

Damit zu tun hat aber, dass wir jetzt überall im Land beginnend und fortführend Kommunale Integrationszentren haben, die ihre Vorstellungen jetzt äußern, die ihre Ideen in die Kommunen und in die Kreise bringen und dort für Belebung in diesen zentralen Fragen kommunaler Entwicklung sorgen, nämlich der Integration vor Ort, der Handlungsweisen vor Ort, der Teilhabe vor Ort für Migrantinnen und Migranten.

Da ist sicher noch viel zu diskutieren. Ich erlebe das ja ständig, wie in den Integrationszentren und in den Kommunen diskutiert wird. Diese Diskussion ist gut. Diese Diskussion ist vor allem mit Blick auf die Menschen gut, die jetzt erst seit kurzer Zeit erkannt

haben, dass Nordrhein-Westfalen ein Einwanderungsland ist.

Bei der Frage der Integrationsräte geht es aber auch wirklich sehr stark um Demokratie und Teilhabe auf Augenhöhe. Das muss das Anliegen sein, mit dem wir uns als Integrationsausschuss und als Integrationspolitiker beschäftigen.

Frau Güler, ich finde es ziemlich bedauerlich, dass Sie auf einen Umstand nicht eingegangen sind: darauf, dass die CDU-Fraktion beantragt hat, Fördermittel auch bei landesgesetzlichen Aufgaben zu kürzen. Für den Integrationshaushalt würde das eine Kürzung der Unterstützung für die Migrantenselbsthilfeorganisationen bedeuten. Auch die Förderung für die Integrationszentren würde um 20 % reduziert. Damit würden die Kommunalen Integrationszentren unter Umständen infrage gestellt. Ich frage mich schon, wie es denn zu bewerten ist, dass Sie auf der einen Seite sagen, Sie kritisierten den Haushalt nicht, während Ihre Fraktion auf der anderen Seite Kürzungen vornehmen will.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz auf das Thema „Einwanderung aus Südosteuropa“ zu sprechen kommen. 7,5 Millionen € werden aus dem Landeshaushalt für die Eingliederung oder die Integration der Menschen aus Südosteuropa aufgebracht. Davon kommen 1,35 Millionen € aus dem Integrationshaushalt. Das ist nicht viel Geld. Mit diesem Geld machen wir aber deutlich, dass wir die Nöte der Kommunen ernst nehmen.

Weil sich meine Redezeit dem Ende zuneigt, möchte ich in diesem Zusammenhang noch einen Appell an uns alle richten. Wir sollten nicht der Schimäre aufsitzen, dass Leute in Sozialsysteme einwandern, wie es im Koalitionsvertrag steht. Das ist nicht so. Es gibt Leute mit unterschiedlichen Bedarfen. Es gibt Fachkräfte, die aus Südosteuropa kommen. Es gibt gut qualifizierte Menschen, die aus Südosteuropa kommen. Es gibt auch hilfebedürftige Menschen, um die wir uns im Rahmen der humanitären Maßnahmen auch kümmern müssen. Solche Äußerungen wie die, dass es sich dabei um einen Einzug in Sozialsysteme handele, finde ich vor dem Hintergrund dessen, was wir hier im Integrationsausschuss diskutieren, unselig.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Ich möchte damit schließen, dass wir diesem Haushalt selbstverständlich zustimmen und auch die umfangreiche Arbeit der Integrationsagenturen im Sinne der Einwanderung aus Südosteuropa unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Velte. – Für die Piratenfraktion spricht nun Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! „Haushalt 2014, Einzelplan 11, Integration“ steht hier auf der Tagesordnung. Die Mittel dafür stagnieren, obwohl die Anforderungen an Integration bzw. an eine bunte Gesellschaft immer größer werden. Wanderungen innerhalb Europas, Flüchtlingspolitik und vor allem das Miteinander in den Kommunen, das Miteinander vor Ort, das Miteinander von Zuwanderern in Deutschland müssen gefördert werden.

Um dieses Miteinander entsprechend fördern zu können, muss man zwei verschiedene Perspektiven einnehmen: die Perspektive der Zugewanderten und die Perspektive der Bürger des Ziellandes.

Die Landesregierung nimmt die Perspektive der Förderung von Zugewanderten mit dem Haushalt 2014 teilweise ein. Zum Beispiel stellt sie für Kommunale Integrationszentren ca. 10 Millionen € bereit. Für Integrationsagenturen werden 8 Millionen € bereitgestellt. Migrantenselbsthilfeorganisationen und die von Zuwanderung aus Osteuropa betroffenen Kommunen werden mit je 1 Million € unterstützt. Das ist gut.

Dennoch sehen wir – Herr Schneider, Sie müssten das eigentlich auch erkennen –, dass die Potenziale, die ein Integrationshaushalt NRW haben könnte – ich betone bewusst: haben könnte –, an dieser Stelle nicht ausgeschöpft sind.

Meine Damen und Herren, das Integrations- und Teilhabegesetz bietet eine hervorragende Basis für eine ganzheitliche Integrationspolitik. Aus der Perspektive der Zugewanderten ist es gut, dass Sie die eben erwähnten Maßnahmen ergreifen, obwohl auch die Beratungsleistungen bis hin zu den kostenlosen Sprachkursen optimiert werden könnten.

Zu einer ganzheitlichen Integrationspolitik gehört aus unserer Sicht aber auch, dass Sie die Perspektive derjenigen einnehmen, in deren Land die Integration stattfinden soll. Mitglieder des Integrationsausschusses waren im Frühherbst in Ungarn. Hier konnte ich deutlich erkennen, welche Folgen es hat, wenn diese Perspektive des Ziellandes außer Acht gelassen wird. Für uns Piraten gehört zu einer ganzheitlichen Integrationspolitik dazu, dass man sich um die Personengruppe kümmert, in die integriert werden soll.

Welche zusätzlichen Maßnahmen sind hierfür erforderlich?

Bekämpfung von Rechtsextremismus bei Erwachsenen. Im Haushalt: Fehlanzeige. Hier meine ich nicht die Aussteigerberatungsstellen oder das integrierte Handlungskonzept. Vielmehr geht es um die

Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und die Bekämpfung von Alltagsrassismus. Im Haushalt: Fehlanzeige.

Menschlicher Umgang mit Flüchtlingen. Im Haushalt: Fehlanzeige. An dieser Stelle möchte ich nicht lange ausführen, was ich mit menschlichem Umgang meine. Aber Gemeinschaftsunterkünfte und Sammelduschen, wie sie in vielen Unterbringungseinrichtungen Standard sind, passen mit dem Begriff Menschlichkeit, wie ich ihn kenne, nicht zusammen.

(Beifall von den PIRATEN)

Diese Perspektive, von den Menschen des Ziellandes her zu denken, könnte man unter dem Begriff Willkommenskulturförderung zusammenfassen. Im Hinblick auf den Haushalt 2014 kommt man leider zu dem Ergebnis: Fehlanzeige.

Meine Damen und Herren, übrigens gehört zu einer gelungenen Willkommenskultur auch der Umgang mit den Menschen, bevor sie die Reise nach Deutschland überhaupt erst antreten.

Ich weiß nicht, ob Minister Jäger überhaupt klar ist, welche bürokratischen Hürden diese Menschen überwinden müssen. Am Beispiel der syrischen Flüchtlinge ist die ganze Absurdität der deutschen Bürokratie sichtbar. Wir als kleinste Oppositionspartei eines Landesparlaments haben an dieser Stelle natürlich nur geringe Einflussmöglichkeiten. Hingegen könnten Minister Jäger und Minister Schneider ganz andere Hebel ansetzen, um auf Bundesebene gegen dieses Bürokratiemonster anzukämpfen. Wir Piraten können nur darauf hinweisen, dass selbst das, was in der Verantwortung des Landes liegt, nur ungenügend umgesetzt wird.

Davon können wir uns am Freitag ein Bild machen, wenn wir über unseren Antrag zur Flüchtlingsaufnahme diskutieren. Für die Vorbereitung der Diskussion hatte ich eigentlich für Minister Jäger eine CD mitgebracht. Darauf befinden sich die Tonaufzeichnungen des Integrationsausschusses. Hier kann man sich ab Minute 40 selbst einen Eindruck von dem ganzen Drama verschaffen; denn dort schildert die Mitarbeiterin des Innenministeriums, welche bürokratischen Abläufe da alle nötig sind.

Ich hoffe, Sie alle erledigen bis Freitag Ihre Hausaufgaben, und sage: Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Nun spricht zu diesem Teilbereich der zuständigen Minister, Herr Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass unsere grundlegende Forderung nach Einfüh-

rung der doppelten Staatsangehörigkeit und nach dem kommunalen Wahlrecht mit großer Wahrscheinlichkeit auch in den nächsten Jahren bundespolitisch nicht umgesetzt werden kann. Ich denke aber, dass die Abschaffung der Optionspflicht ein sehr wichtiger Schritt ist, um das, was Frau Brand eben Willkommenskultur genannt hat, gerade gegenüber jungen Migrantinnen und Migranten wirken zu lassen. Dies ist nicht der große Wurf, aber ein erster sehr wichtiger Schritt. Ich konnte mir vor einigen Monaten noch gar nicht ausmalen, dass das mit der CDU/CSU heute, im November 2013, möglich ist.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen betreiben wir Integrationspolitik als eigenständigen Bereich im Rahmen einer politischen Gesamtkonzeption, die auf sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe fußt. Insofern ist völlig klar: Integrationspolitik korrespondiert sehr eng mit anderen Politikfeldern. Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Der Haushalt, der sich mit Integrationspolitik beschäftigt, muss deshalb zum Beispiel in sehr engem Zusammenhang mit den Haushalten meiner Kolleginnen Ute Schäfer und Sylvia Löhrmann gesehen werden.

In unserem Etatentwurf haben wir auf die kommunalen Integrationszentren einen Schwerpunkt gesetzt. Zwischenzeitlich verfügen 47 Kreise und kreisfreie Städte über Integrationszentren. Ich bin ganz sicher, dass wir in den acht noch ausstehenden Kommunen in den nächsten Monaten auch kommunale Integrationszentren haben werden. – Im Übrigen, Herr Stamp, bin ich für jeden Hinweis dankbar, was die Flexibilität der Arbeit in diesen Zentren anbelangt. Ich gehöre zu denjenigen, die solche Regelungen sehr flexibel handhaben möchten. Da gibt es, glaube ich, keinen Dissens zwischen uns.

Mit 8,5 Millionen € fördern wir 160 Integrationsagenturen in der Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege, was auch kein Pappentier ist.

Wir haben also ein umfassendes Netz der Förderung und der Beratung im Bereich der Integrationspolitik aufgebaut.

Zur Armutswanderung ist schon einiges gesagt worden. Ein erstes Programm hat ein Volumen von 7,5 Millionen €. Das ist nicht viel, aber mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Wir werden in den nächsten Monaten dafür sorgen müssen, dass sich die Bundesebene ihrer Verantwortung für die am meisten betroffenen Kommunen nicht entzieht. Das ist nicht nur eine Landesangelegenheit. Hierin stimmen wir mit dem Deutschen Städtetag und anderen Organisationen überein.

Großen Wert legen wir auf die Tätigkeit der Migrantenselbstorganisationen. Migrantinnen und Migranten sollen nicht Objekte von Integrationspolitik sein,

sondern Subjekte und an der Integrationspolitik mitwirken.

Eben ist schon das Thema „Integrationspauschalen“ angesprochen worden. Wir haben einen Ansatz, der 600.000 € über dem des Vorjahres liegt, weil wir damit rechnen müssen, dass in einem erheblichen Ausmaß Flüchtlinge aus Syrien zu uns kommen und die Integrationspauschalen dann auch gezahlt werden müssen.

Wir unterstützen weiterhin den Landesintegrationsrat genauso wie das Zentrum für Türkeistudien und andere Einrichtungen. Wenn Sie sich außerhalb Nordrhein-Westfalens über Integrationspolitik unterhalten, werden Sie feststellen: Wir sind in diesem Politikfeld im Konzert der Bundesländer führend.

(Serap Güler [CDU]: Aber nicht dank Ihnen!)

– Wie bitte? – Nein, nicht dank mir, aber auch nicht allein dank meines Vorgängers. Lassen Sie doch die Platte im Schrank. Die Welt bewegt sich, auch in dem Zusammenhang.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen kriegen Sie das Protokoll des „dialog forums islam“ schon. Wir können nur kein Protokoll verschicken, wenn die Akteure das noch nicht beschlossen haben. Seien Sie doch

(Serdar Yüksel [SPD]: Lockerer!)

nicht so aktiv in diesem Punkt. Lenken Sie Ihre Aktivitäten auf andere Dinge. So spannend sind Protokolle überhaupt nicht.

(Beifall von der SPD)

Aber da gibt es ja noch Lernzeiten. Mit solchen Kinderlitzchen zu kommen, ist auch nicht gerade Ausdruck von Ernsthaftigkeit in einem sehr wichtigen Politikfeld.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt die schon angesprochene Konferenz von Solingen hat gezeigt, wie bunt und vielfältig die integrationspolitische Szene in Nordrhein-Westfalen ist. Sie können sicher sein: Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Initiativen nicht zu kurz kommen, sondern im Fokus der Landespolitik stehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Es hat sich noch einmal Herr Dr. Stamp für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Schneider, ich möchte das schon noch mal ansprechen. Hier werden die 700 Akteure beschworen, die bei dem Integrationskongress anwesend waren. Wenn man aber mit denen

spricht, erfährt man, dass sie mit der starren Vorgabe, wie das mit den Kommunalen Integrationszentren läuft, eben nicht zufrieden sind.

Und wir müssen leider feststellen: Wenn wir das im Ausschuss angesprochen haben – wir sind ja nicht jedes Mal mit einem Antrag gekommen –, auch wenn wir Dinge bilateral angesprochen haben, ist das von Ihnen immer zurückgewiesen worden, es ist immer abgelehnt worden; wenn vielleicht auch nicht von Ihnen persönlich, dann aber von Ihrem Haus. Daher bitte ich Sie: Sprechen Sie mit Ihrem Haus, damit die Integrationspolitik in den Kommunen wieder mehr Flexibilität bekommt. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zum

Teilbereich Soziales

Hier meldet sich für die CDU-Fraktion der Kollege Walter Kern zu Wort.

Walter Kern (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jemandem das Wasser bis zum Hals steht und er zu ertrinken droht, dann schlägt er Hilfe oder einen zugeworfenen Rettungsring nicht aus. Genau das tut aber die rot-grüne Landesregierung und tun die sie tragenden Fraktionen, indem sie keinem der Etatvorschläge der letzten beiden Jahre der Opposition zugestimmt haben, nur weil auf dem Briefkopf der Vorschläge nicht Ihr Logo steht!

Ich nenne das Arroganz und Inkompetenz. Sie reiten das Westfalen-Ross im Landeswappen als Ihr hohes Ross. Steigen Sie ab von diesem hohen Ross. Es ist Zeit, Ihre Last drückt.

Liebe Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, Nordrhein-Westfalen gehört nicht Rot-Grün, sondern den Bürgerinnen und Bürgern unseres Heimatlandes,

(Beifall von der CDU)

die von Ihnen in berechtigter Weise verantwortliches Handeln erwarten. Ein wenig mehr Demut wäre angebracht. Wer sich in einer parlamentarischen Demokratie – wir sind in einer parlamentarischen Demokratie – so verhält wie Sie, hat meines Erachtens die Autorität aufgegeben, die von ihm als Abgeordneter kraft Verfassung erwartet wird.

Was machen Sie? – Sie beurteilen Ihre Regierung so: Da sein, Mund halten, Hand hochreißen. – Das hat nichts mit kritischem Hinterfragen von Regie-

rungsleistungen zu tun, zu dem Sie verfassungsrechtlich verpflichtet sind.

Kommen wir zum Haushalt. Im Fachausschuss haben wir sehr bewusst auf eine Diskussion verzichtet, weil es für uns als CDU-Fraktion wichtig war, das in zusammenhängenden Gesamtkonzepten im Haushalts- und Finanzausschuss zu präsentieren. Warum sollten wir im Fachausschuss mit Ihnen inhaltliche Diskussionen führen, wenn Sie es weit über zweihundertmal geschafft haben, jeden Antrag abzulehnen, der kam. Als Zeiträuber sollte man sich nicht missbrauchen lassen.

Zum Einzelplan 11 – Soziales –: Ohne unsere Kirchen, ohne die gute Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände, ohne die unzähligen mutigen privaten sozialen Initiativen und Vereine – ich nenne hier exemplarisch die Tafeln –, ohne gute aufmerksame Familien und Nachbarn wäre dieses Land arm. Diese gesellschaftliche Mitverantwortung zu stärken und zu schützen ist die Aufgabe des heutigen und hier diskutierten Einzelplans 11. Damit zukünftig nachhaltige Sozialpolitik in diesem Land erfolgen kann, sind strukturelle Veränderungen im Haushalt natürlich erforderlich.

Dass der Sozialetat keine Spielräume hat und das trotz höchster Steuereinnahmen, liegt an Ihrer Wunsch-Dir-was-Politik, die ohne Unbequemlichkeiten auskommen will. Der Beweis: Berücksichtigt man bei der Beurteilung des Sozialetats die Mittel des Bundes für die Grundsicherung und die Mittel des Europäischen Sozialfonds, bleibt außer schönen Begründungen im Etat nicht viel.

Ein Wort zur Schulsozialarbeit: Wir alle haben festgestellt, dass Schulsozialarbeit in den letzten Jahren eine erfolgreiche Ergänzung der Arbeit in den Schulen ist. Sie ist sehr sinnvoll. Auch der „Westpol“-Bericht am Sonntagabend hat dies noch einmal unterstrichen. Multiprofessionelle Teams sind heute in den Schulen erforderlich und waren auch Forderung der Enquetekommission „Chancen für Kinder“.

Deshalb sind wir als CDU-Landtagsfraktion unserer Bundesregierung sehr dankbar, dass sie Mittel für den Anschlag der Schulsozialarbeit indirekt zur Verfügung gestellt hat. Jetzt ist das Land an der Reihe! Herr Schneider, Sie wissen es genau: Schulpolitik ist eindeutig Landesaufgabe und damit auch die Schulsozialarbeit. Sie können sich hier als Land nicht aus der Verantwortung schleichen. Da nutzen auch keine Erklärungen – weder schriftliche noch mündliche – in Ihren Berichten etwas. Zurzeit leitet das Land Nordrhein-Westfalen die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket pauschal über die erhöhten Kosten der Unterkunft und der Heizung an die kreisfreien Städte und Kreise weiter.

Nach den von Ihnen gestern vorgelegten Zahlen – besten Dank für den Bericht – besteht bei den BuT-Mitteln ein Restetat von über 121 Millionen €. Es sind also genügend Restmittel vorhanden. Ab 2015,

Herr Schneider, brauchen die Kommunen dann Ihre Landesunterstützung. Der Ball liegt eindeutig in Ihrem Feld.

Ich komme noch einmal zum Einzelplan 11 – Soziales: Der Schwerpunkt der Umsetzung der UN-Konvention, die Rechte der Menschen mit Behinderung zu stärken, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Gerade hier werden wir auch in Zukunft nicht ohne Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements auskommen.

Auch die präventive Bekämpfung von Armut und Armutsrisiken bleibt in den nächsten Jahren weiterhin gemeinsame Aufgabe. Dies wird weiterhin besonders anzuschauen sein.

Ich wünsche und erhoffe mir, dass wir die herausfordernden sozialen Aufgabenstellungen in den nächsten Jahren gemeinsam meistern. Den Sozialhaushalt werden wir heute ablehnen müssen, weil es Ihnen nicht gelungen ist, außer Ankündigungen verbaler Natur erkennbare strukturelle Veränderungen mit langfristigen Optionen zu begründen und endlich den erforderlichen Paradigmenwechsel einzuleiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Kern zu, dass die Arbeit der freien Wohlfahrtspflege und der Ehrenamtlichen in Nordrhein-Westfalen unverzichtbar ist. Ich denke, das haben wir als SPD-Landtagsfraktion an dieser Stelle auch schon des Öfteren betont.

Ich stimme Ihnen aber ausdrücklich nicht zu, dass die SPD und die Grünen in Nordrhein-Westfalen von einer Last gedrückt werden und deswegen hier nicht mehr handlungsfähig sind. Ich finde, die einzige Last, die uns hier in Nordrhein-Westfalen nach wie vor drückt, ist die Last, die Sie nach fünf Jahren Schwarz-Gelb hier in Nordrhein-Westfalen hinterlassen haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich nenne nur einmal das Beispiel der Kommunen.

Ich glaube, dass man mit Fug und Recht sagen kann, dass die Landesregierung auch im Sozialbereich sicherlich unter dem Gesichtspunkt, dass wir im Jahr 2020 eine Schuldenbremse einhalten müssen, einen Haushalt vorgelegt hat, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und in dem wir Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen schaffen und auch ausweiten werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte festhalten, dass wir weder von der FDP-Fraktion Änderungsanträge zum Einzelplan 11 noch von der CDU-Fraktion den Antrag bekommen haben, Mittel bei der Arbeitslosenberatung einzusparen, wie Sie das im Haushalts- und Finanzausschuss beantragt haben. Ich kann daraus nur schließen, dass Sie nicht den Mut hatten, das zu beantragen, weil Sie wussten – ich will das etwas flapsig sagen –, dass Sie ganz kräftig die Jacke vollbekommen hätten, wenn Sie die gleiche Politik bei der Arbeitslosenberatung gemacht hätten, wie Sie das in der schwarz-gelben Regierungskoalition gemacht haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Was das Thema „Schulsozialarbeit“ anbelangt, Herr Kollege Kern, brauchen wir als SPD mit Sicherheit keinen Nachhilfeunterricht, weil wir bei den Diskussionen und bei den Verhandlungen um das Bildungs- und Teilhabepaket diejenigen gewesen sind, die das umgesetzt und eingefordert haben.

Ich sage nach wie vor: Das, was wir durch die Schulsozialarbeit haben, ist der effektivste Teil des Bildungs- und Teilhabepakets. In Richtung CDU sage ich klar und deutlich: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie bei diesem Thema ein bisschen mehr NRW-Patriotismus gehabt und sich in Berlin dafür eingesetzt hätten, dass sich auch die Bundesregierung dazu bereitklärt, dieses effektive Bildungs- und Teilhabepaket mit der Schulsozialarbeit weiter zu finanzieren und nicht den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist keine Frage des Schuletats, das ist eine Frage des Sozialen, des Bildungs- und Teilhabepakets, und wir sehen nach wie vor den Bund in der Pflicht und in der Verantwortung, diese Schulsozialarbeit weiter zu bezahlen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Thema „Inklusion“ ist angesprochen worden. Die Landesregierung hat einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen aufgelegt, der 100 Maßnahmen umfasst. Inklusion ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Wir wissen, dass das Ziel, diesen Aktionsplan bis 2020 umzusetzen, außerordentlich ehrgeizig ist. Doch ich denke, es lohnt sich, dieses Ziel auf jeden Fall anzugehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Wir freuen uns, dass im Europäischen Sozialfonds ab 2014 die Bekämpfung von Armut und die Bekämpfung von Armut im ländlichen Raum eine wichtige Rolle spielen wird. Wir haben mit unseren Haushaltsanträgen dafür gesorgt, dass wir auch hier finanzielle Spielräume eröffnen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung auch ein Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgren-

zung entwickelt, das bis zum Jahr 2020 abgeschlossen und umgesetzt sein soll.

Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle eines ganz deutlich sagen: Wenn wir über Bekämpfung der Armut sprechen, dann heißt das auch, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Menschen vernünftig verdienen. Deswegen bleiben wir als SPD auch bei der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn und nach „Equal Pay“. Wir sagen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das bleibt für uns uneingeschränkt richtig.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Kerkhoff hat den Bereich „Arbeitsschutz“ angesprochen. Er hat gesagt: Da wollen wir organisatorische Veränderungen. Ich glaube, dass er da ein Stück weit eine Nebelkerze gezündet hat. Denn wenn er ehrlich gewesen wäre, hätte er zum Thema „Arbeitsschutz“ sagen müssen, dass die CDU in diesem Jahr 13,3 Millionen € und bis zum Jahr 2018 20 Millionen € beim Arbeitsschutz einsparen will.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz klar: Da machen wir eine völlig andere Politik, weil uns die Arbeitssicherheit und auch der Gesundheitsschutz in den Betrieben etwas wert ist. Deswegen haben wir 2010 angefangen, den Arbeitsschutz zu reorganisieren, dafür zu sorgen, dass er wieder arbeitsfähig wird. Deswegen werden wir die Dinge, die Sie hier vorschlagen und die Sie fehlgeleitet in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit gemacht haben, nicht mittragen. Arbeitsschutz hat für uns in Nordrhein-Westfalen als Koalition, als SPD einen hohen Stellenwert. Das werden wir auch künftig deutlich machen.

Ich habe nun leider keine Redezeit mehr. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Einzelplan 11.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Alda von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Ulrich Alda (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch ein Wort zu dir, lieber Walter Kern. Jetzt hast du gerade die Sozialverbände gelobt und bekommst trotzdem einen rein.

Lieber Michael Scheffler, Walter Kern meinte es doch eigentlich nur gut. Aber der alte Spruch ist: Machst du es falsch, ist es auch nicht richtig. Oder wie geht das?

(Inge Howe [SPD]: Das ist alles eine Frage der Formulierung!)

Ich möchte einsteigen und etwas für die Menschen mit Behinderungen tun. Was diese Menschen an-

geht, so gibt es traditionell wenig Streitpunkte zwischen der Regierung und der Opposition.

Maßnahmen zur Inklusion betreffen alle gesellschaftlichen Ebenen. Sie reichen von der schulischen Inklusion, die einen Großteil der Diskussion hier in Anspruch nimmt, über den Abbau von Barrieren in öffentlichen Gebäuden und die Verbesserung der Mobilität bis hin zu bedarfsgerechten Arbeitsplätzen, nach Möglichkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das habe ich schon in meinem anderen Beitrag genannt.

Inklusion ist ein langfristiger Prozess, der die gesamte Gesellschaft betreffen sollte. Es darf keine vorschnellen Lösungen geben, die nur die Oberflächen berühren. Im Zweifel ist es besser, mit kleinen Schritten vorwärtszukommen, als sich große, aber unrealistische Ziele zu setzen.

(Beifall von der FDP)

Strukturen zu verändern und passgenauer zu gestalten, ist eine Sache, aber Inklusion bedeutet auch, dass wir Menschen mit Behinderungen mehr zutrauen sollten, wir sie also nicht durch eine übertriebene Fürsorge entmündigen.

(Beifall von der FDP)

Ich weise insbesondere darauf hin, dass 60 % aller Behinderungen nachweislich im späteren Lebensalter einsetzen, also deutlich nach der Schule. Was viele vergessen, ist, dass nach der Inklusion im Schulbereich statistisch noch ungefähr 60 Lebensjahre bleiben. Welche Lösungen stellt sich die Landesregierung, Herr Minister, da vor? Wie soll Inklusion in den Arbeitsmarkt erfolgen? Wir hören dazu nichts.

(Minister Guntram Schneider: Na! Also!)

Es würde mich und wahrscheinlich auch einen Großteil des Parlaments einmal interessieren, welche Fortschritte das Land in dieser Inklusion gemacht hat und inwieweit die UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Punkt „Schulsozialarbeit“. Rot-Grün liefert in der Frage der Schulsozialarbeit keine konstruktiven Lösungsansätze. Sie haben uns vorhin etwas gesagt, aber das kann ich nicht nachvollziehen. Bisher habe ich das in der Zusammenarbeit noch nicht erkannt.

Die Schulsozialarbeit spielt eine wichtige Rolle. Da sind sich alle Fraktionen einig. Die Schulsozialarbeit hat sich bewährt. Dies zeigen auch die vielen Reaktionen aus Eltern- und Lehrerschaft, die sehr positiv über das Instrumentarium berichten. Schulsozialarbeiter nehmen an Schulen aber nicht nur Aufgaben der Krisenintervention wahr, sondern Schulsozialarbeiter leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Lebenshilfe und sind Ansprechpartner für alle Beteiligten in den Schulen.

Streitpunkt ist jedoch die Finanzierung. Wer soll die Schulsozialarbeit bezahlen? Während Rot-Grün unentwegt auf den Bund verweist, stellt sich die Frage, welchen Beitrag eigentlich die Landesregierung leistet. Verwundert musste ich in der letzten Woche eine Pressemitteilung von Ministerin Löhrmann zur Vereinsgründung der „Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit NRW“ lesen. Weiß da etwa die linke Hand nicht, was die rechte Hand tut, oder geht es nur um die Schulsozialarbeiter, die als Ersatz für eine Lehrkraft eingestellt wurden?

Auf keinen Fall kann ich mich der im Ausschuss von einzelnen Mitgliedern der Grünen geäußerten Meinung anschließen, die lautete, die Kommunen seien wieder einmal die Schuldigen, weil sie das Geld für Tilgungstöpfe verwendet hätten. Bei uns in Hagen sind zum Beispiel 26 Schulsozialarbeiter an 32 Schulen tätig. Da diese nicht für ein „Vergelt's Gott“ und auch nicht für einen prekären Lohn gearbeitet haben, sind die Mittel zielgerichtet verwendet worden.

Die aktuellen kommunalscharfen Daten zur Mittelzuweisung für die Schulsozialarbeit prognostizieren für die Jahre 2013 und – Herr Minister, Sie haben es gerade schon gesagt – 2014 rund 103 Millionen € für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wir bedanken uns für die Ausarbeitung des Ministeriums, wünschen im Ausschuss allerdings Erläuterungen und Interpretationen dazu, da in unseren Kommunen andere Sichtweisen herrschen als in Ihrer Darstellung.

Ich komme zum Schluss. Mehr Ursachenanalyse bei der Problembewältigung und mehr Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern auch und gerade in den Bereichen der Sozialpolitik vonseiten der Landesregierung wären wünschenswert. Da wir das nicht erkennen können, lehnen wir den Haushalt des Einzelplans 11 ab. – Danke sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding das Wort. Bitte schön.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hilf dir selbst, denn sonst hilft dir keiner. Das ist offenbar das Motto, unter dem das diesjährige Streichkonzert der CDU-Fraktion läuft. Meine Damen und Herren von der CDU, wie sonst wollen Sie erklären, dass Sie all die Maßnahmen zusammenstreichen wollen, die den Armen und Benachteiligten in unserer Gesellschaft unter die Arme greifen sollen?

Sie wollen sparen bei Projekten wie dem Härtefallfonds für Kinder, bei der Opferentschädigung – das würde auch traumatisierte Soldaten betreffen, die

aus Kriegsgebieten zurückkommen –, dem Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhindern“, der Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen und bei Projekten zur Unterstützung von Menschen mit Hörschädigung.

Mit dem Versuch, die Förderung von Projekten für wohnungslose Menschen zu streichen, sind Sie doch schon seinerzeit grandios gescheitert und zum Gespött in Rosenmontagsumzügen geworden, als Sie gemeinsam mit der FDP regiert haben. Erinnern Sie sich einmal daran.

Auf Druck der Öffentlichkeit und der damaligen rot-grünen Opposition mussten Sie diesen Beschluss wieder zurücknehmen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, bei der Aufstellung dieser Haushaltsgiftliste haben Sie die Grundsätze der christlichen Soziallehre endgültig über Bord geworfen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Och Gott!)

All diese Projekte meinen Sie ja wohl, wenn Sie schrittweise die Kürzung von Landesförderprogrammen und landesgesetzlichen Leistungen fordern.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, solange in diesem Land Menschen diskriminiert und an der Teilhabe von Bildung und Arbeit behindert oder gehindert werden, solange Unternehmen und Politiker auf Bundesebene Niedriglohn als eine Art Geschäftsmodell ansehen, weil sich damit trefflich sparen und die Gewinnmarge erhöhen lässt, solange Aufstockungen durch staatliche Transferleistungen als Wirtschaftsförderung begriffen werden, solange werden öffentliche Haushalte mit hohen Sozialleistungen zur Dämpfung der Armut belastet bleiben.

Das gilt im Übrigen auch für die Kosten im Rahmen der Eingliederungshilfe. und zwar solange, wie alles, was mit Barrierefreiheit zu tun hat, als etwas Besonderes begriffen wird. Barrierefreiheit muss in einem gewissen Maß zur Norm werden. Dadurch werden sich dann Kosten erübrigen, wie sie heute beispielsweise noch entstehen, wenn man von den üblichen Baunormen abweicht. Ähnlich wird es sich bei den Kommunikationshilfen verhalten.

Aber die gesellschaftliche Inklusion muss sich langsam weiterentwickeln. Unser Antrag zum Kapitel Inklusion hat die Unterstützung dieses Prozesses zum Ziel. Wir werden diesen Haushaltstitel um 500.000 € erhöhen. Damit sollen die Beratung der Betroffenen verbessert und ein Projekt entwickelt werden, welches die Kommunikation von Menschen mit Hörschädigung auch außerhalb von Arbeit und den sogenannten Verwaltungsverfahren unterstützt. Damit werden wichtige Forderungen aus der Studie zu Lebenslagen von Menschen mit Hörschädigung aufgegriffen. Wir werden die Maßnahmen gegen

Armut ausbauen und hierzu auch ESF-Mittel nutzen.

Mit unseren Anträgen setzen wir von SPD und Grünen ein Zeichen. Wir wollen nämlich die gesellschaftliche Inklusion voranbringen und zusätzliche Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf den Weg bringen. Wir fühlen uns den betroffenen Menschen nicht nur verpflichtet, wir handeln auch danach.

Zu guter Letzt möchte ich noch ein paar Worte zum Antrag der Piratenfraktion sagen. Sie möchten in den Landeshaushalt 2014 Mittel zum Erhalt der Schulsozialarbeit eingestellt haben. Das halten wir für nicht nötig. Wir haben schon lange und trefflich im Ausschuss darüber diskutiert. Die Kommunen können die nicht verausgabten Mittel aus den Jahren 2011 und 2012 übertragen. Das sind insgesamt immerhin gut 121 Millionen €. Damit ist die Leistung für 2014 gesichert. Herr Alda, der Stadt Hagen stünden dann noch 1,4 Millionen € zur Verfügung, die sie in den Jahren 2011 und 2012 nicht verwendet hat.

Die Piratenfraktion fordert darüber hinaus, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für die angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Schulsozialarbeit einsetzen soll.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass dieses Plenum bereits am 24. April dieses Jahres genau das beschlossen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Piratenfraktion. Auch der Bundesrat hat aufgrund dieser Initiative von NRW eine entsprechende Gesetzesinitiative an den Bundestag gerichtet. Das ist also schon längst gelaufen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Entschuldigung, Frau Kollegin. – Würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Ich möchte das jetzt eben zu Ende führen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Also nicht.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Last, but not least wird eine Verstärkung der Mittel für die Schulsozialarbeit gewährleistet sein, wenn die neue Bundesregierung – auch als Reaktion auf diese Bundesratsinitiative – die Finanzierung der im Rahmen des BuT geförderten Schulsozialarbeit entfristet.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident, zwei Sätze noch. – Der Wille hierzu lässt

sich durchaus zwischen den Zeilen des schwarz-roten Koalitionsvertrags lesen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der Bund sich hier auch nicht aus der Verantwortung herausziehen darf.

Liebe Kolleginnen von der Piratenfraktion, Ihr Antrag hinkt leider der Zeit hinterher. Sie sollten ihn einfach zurückziehen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, bitte.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Wir werden dem Einzelplan 11 zustimmen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin, und erteile als nächstem Redner für die Piratenfraktion Herrn Abgeordneten Wegner das Wort.

(Zurufe)

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Es läuft mir kalt den Rücken herunter, wenn ich sehe, was Sie den Schulsozialarbeitern, Kommunen, Eltern und in erster Linie den Kindern zumuten wollen.

In meiner vorherigen Rede habe ich mich hier als Verfassungsfundamentalist geoutet. Nun denke ich, dass diese Regierung mich in echte Paranoia treiben will.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Ich werde hier noch zum professionellen Neinsager, obwohl ich viel lieber konstruktiv an Lösungen beteiligt wäre. Doch wie soll ich die Position der Regierung zur Schulsozialarbeit anders wahrnehmen, denn als sozialpolitische Bankrotterklärung?

Alle Fraktionen sind sich doch in der Sache einig: dass Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter einen immanant wichtigen Job erledigen und dass dieses Programm ein geradezu überraschendes Erfolgsmodell ist – einer der wenigen Erfolge, die im Zuge des Bildungs- und Teilhabepakets erzielt werden konnten.

Sind wir da noch immer im selben Boot, Herr Minister Schneider?

Sie hatten offensichtlich kein glückliches Händchen im Ringen um die Finanzierung des Bundes bei den Koalitionsverhandlungen. Verdienen Sie dafür unser Mitgefühl? Haben Sie denn gerungen, oder haben

Sie dieses Budget auf dem Altar der Machterhaltung Ihrer Parteikollegen in Berlin geopfert?

(Minister Guntram Schneider: Ach du lieber Gott! Mir kommen die Tränen!)

Haben wir immer noch Konsens darüber, dass dieses Modell als eines unserer Erfolgsmodelle weiterhin Priorität genießt? Ich zweifle daran.

Im Ausschuss habe ich mir gewünscht, gemeinsam darüber nachzudenken, wie die sinnvolle und nützliche Schulsozialarbeit trotz der allfälligen Budgetbeschränkung am Leben bleiben kann. Doch leider musste ich mir von Ihnen anhören, dass Sie sich von den Piraten nicht die Bedeutung der Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter erklären lassen müssen. Ein bisschen kam ich mir da vor wie ein Deppenschüler zur vorvorherigen Jahrhundertwende, der kurz davor steht, von seinem Oberschullehrer die Eselsmaske aufgesetzt zu bekommen. Das kam bei mir nicht besonders wertschätzend an, Herr Minister Schneider.

Ich wünsche mir konstruktives, gemeinsames Pläneschmieden über alle Fraktionsgrenzen hinweg – gerade dann, wenn man ein Erfolgsmodell hat, das alle gut und richtig finden. Aber jetzt stehe ich da und muss meine Energie wieder einmal in den parlamentarischen Ritus des gegenseitigen Schuldzuweisens stecken. Wann kommt endlich der Moment, in dem wir uns darauf verlassen können, dass eine gemeinsame positive Bewertung von Projekten auch zu konsequentem, gemeinsamem Handeln führt? Ich wäre der glücklichste kleine Olaf weit und breit, wenn Sie mir diese politische Verlässlichkeit unter den Weihnachtsbaum legen könnten.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Denn im Grunde genommen sehne ich mich nach Kooperation und Konsistenz.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Doch nun zurück zum parlamentarischen Ritus! Wenn man zwischen den verbalen Luftnummern und dem konkreten Handeln in dieser Frage unterscheidet und wenn man lediglich die Fakten analysiert, gibt es nur eine Erklärung: Die Budgetierungsprioritäten wurden klammheimlich geändert. Und Sie wünschen sich nun nichts sehnlicher, als dass alle nicken und erwachsen traurig sind über die schlimmen Sachzwänge und nun ganz pragmatisch zur Tagesordnung übergehen.

Das geht mit uns Piraten nicht. Unsere Prioritäten basieren auf unseren Werten, auf unveräußerlichen Werten.

Sie werden einwenden, dass das auch für Sie gilt, Herr Minister Schneider. Doch ich in meiner Fundamentalismusparanoia finde keine andere Erklärung für Ihr Verhalten als: Wertebasierte Entscheidungen halten nur bis zum nächsten Budgetengpass.

Die Betrachtung der 226 Seiten des Koalitionsvertrags, in denen nichts über Schulsozialarbeit steht, erhärtet diese Annahme. Sie wollen die Kommunen, Schulsozialarbeiter und Kinder im Regen stehen lassen. Bereits jetzt können wir die Folgen Ihrer Budgetpolitik sehen: Viele Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter verlassen schon jetzt blutenden Herzens die Schule – weil sie ja ihren Lebensunterhalt planen müssen. Denn von Ihrem Mantra des Einsatzes für gute Arbeit können auch gute Fachkräfte keine Mieten zahlen oder Currywürste kaufen. So einfach ist das.

Hier stirbt gerade eine über Jahre aufgebaute Infrastruktur. Und warum? – Weil keine nachhaltigen Werte geschaffen werden, weil die Arbeitsplätze dieser so beklatschten Fachleute abgeschafft werden, weil die Finanzierung dieser so ehren- und sinnvollen Arbeit nicht verstetigt wird. Wer soll dann noch glauben, dass es Ihnen tatsächlich ernst war mit der Konzeption der Schulsozialarbeit?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege.

Olaf Wegner (PIRATEN): Okay. – Darum kann es für uns keinen anderen Weg geben, als die Forderung aufrechtzuerhalten, die wegfallenden Subventionen für die Schulsozialarbeit eins zu eins zweckgebunden zu kompensieren. Sie wollen kein Kind zurücklassen, sagen Sie. Dann stellen Sie bitte auch die Mittel dafür zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

– Herr Abgeordneter Garbrecht, Sie hatten sich eingedrückt und sofort wieder Ihre Wortmeldung zurückgezogen.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

– Die Beisitzer und Schriftführer werden das bestätigen können. Hier lag keine Wortmeldung vor.

(Günter Garbrecht [SPD] winkt ab.)

Ich darf Sie und auch die anderen Kollegen sehr herzlich bitten: Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, drücken Sie sich ein und achten Sie darauf, dass der Knopf leuchtet. Wenn man noch einmal an den Knopf kommt ...

(Günter Garbrecht [SPD]: Das zweite Mal, Herr Präsident!)

– Ich stelle noch einmal fest, Herr Kollege Garbrecht: Ihre Wortmeldung lag hier vorne nicht vor, sonst hätte ich Sie aufgerufen.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Jetzt erteile ich Herrn Minister Schneider das Wort. Ich glaube, der Sachverhalt ist klargestellt. Ich bitte, das, Herr Kollege, zur Kenntnis zu nehmen. – Herr Minister Schneider, Sie haben das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich möchte nochmals einige Bemerkungen zur Schulsozialarbeit machen. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen finanziert seit Jahren Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Es handelt sich hierbei um einen anderen Vorgang. Im Rahmen der Verhandlungen über das Bildungs- und Teilhabepaket hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bei der Bundesarbeitsministerin beantragt, Schulsozialarbeiterstellen zu finanzieren als eine Voraussetzung dafür, dass das Bildungs- und Teilhabepaket überhaupt von besonders benachteiligten Familien angenommen wird.

Diese Schulsozialarbeiter sind nicht nur an den Schulen tätig, sondern gehen auch in die Familien der betroffenen Kinder, sorgen dafür, dass Anträge hinsichtlich des Bildungs- und Teilhabepakets gestellt werden und leisten vieles mehr. Deshalb handelt es sich nicht um eine originäre bildungspolitische Maßnahme und Einrichtung, sondern um Sozialpolitik. Von daher sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Bundesregierung in der Verpflichtung steht, die zustande gekommenen Stellen auf Dauer vorzufinanzieren.

(Beifall von der SPD)

Das hat nichts damit zu tun, dass es zu wenig Wertschätzung gegenüber der Tätigkeit der Schulsozialarbeiter gibt; das Gegenteil ist der Fall. Wir werden aber nicht den Bund – unter welcher Regierung auch immer – aus seiner Verantwortung entlassen. Genau um diesen Punkt geht es.

Wir haben im Haushalt „Soziales“ natürlich wiederum den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ aufgenommen. Unser Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ wird weiterhin gefahren – im Übrigen mit einer Ausstattung wie in keinem anderen Bundesland.

Wir kämpfen dafür, dass es endlich eine bundesweite Obdachlosenstatistik gibt. Viele Länder wehren sich gegen eine solche Statistik. Ich will auf die Geschichte dieses Programms gar nicht näher eingehen. Es hat in Nordrhein-Westfalen unter einer anderen Landesregierung Wellen geschlagen.

Meine Damen und Herren, wir geben die vom Bund übernommenen Kosten bei der Grundsicherung im Alter zu 100 % an die Kommunen weiter, obwohl wir die Bundesauftragsverwaltung sicherstellen müssen. Es handelt sich hierbei um 1,35 Milliarden €, eine wirkliche Leistung an den Bund.

Wir finanzieren mit fast 110 Millionen € die Fahrgeldausfälle der Verkehrsunternehmen wegen der unentgeltlichen Nutzung des ÖPNV durch gehbehinderte, blinde oder gehörlose Menschen.

Herr Alda, es ist schon bemerkenswert, dass Sie beim Thema „Inklusion“ bisher nichts über unsere Bemühungen gehört haben, Menschen mit Behinderungen in Arbeit zu bringen. Wir haben mehrmals im Ausschuss darüber informiert. Wir können dies weiterhin tun. Zwischenzeitlich befinden sich 64.000 Menschen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen – mit weiterhin steigender Tendenz.

Wir wissen: Wir werden diese Werkstätten, die eigentlich als Durchlaufstadium gedacht waren, um auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Platz zu finden, nicht gänzlich abschaffen. Wir brauchen diese Werkstätten immer. Wir fördern aber jetzt vor allem Integrationsunternehmen, die sich wirtschaftlich behaupten müssen, die profitabel sein müssen und in denen Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam arbeiten. Zwischenzeitlich sind es etwa 2.700 Menschen mit Behinderung.

Die Freie Wohlfahrtspflege ist in Nordrhein-Westfalen finanziell so wie in keinem anderen Bundesland ausgestattet. Ich will die Zahlen nicht im Einzelnen nennen. Wir haben die Zahlungen verstetigt, die aus dem Spiel 77 hervorgehen. Niemand braucht sich hierüber zu beklagen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Bitte?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die vereinbarte Redezeit.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Wir haben einen realistischen Haushaltsplannentwurf vorgelegt, dem nur zugestimmt werden kann. Die Mittel für die Sozialpolitik sind nicht üppig, aber sie sind ausreichend, um die positiven Ansätze in diesem Land weiter voranzutreiben. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4411, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

men. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktionen von CDU, FDP sowie die Piratenfraktion. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der fraktionslose Abgeordnete Kollege Stein hat ebenfalls gegen die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses gestimmt. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden ist.

Ich lasse zweitens über den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/4384** abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend** –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen. Herzlichen Dank.

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4404. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Im Rahmen der Beratungen des Justizhaushalts stellen wir in diesem Jahr erneut fest, dass die Landesregierung in ihrer Finanzplanung weiterhin plan- und konzeptlos ist. Allein im Einzelplan 04 stehen Mehreinnahmen im niedrigen einstelligen Millionenbereich Mehrausgaben in Höhe von über 100 Millionen € gegenüber.

Der Justizhaushalt ist damit ein Paradebeispiel dafür, dass der rot-grünen Landesregierung bis heute der politische Wille zum Sparen fehlt. Das ist angesichts der desolaten Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen wirtschafts- und sozialpolitisch verantwortungslos.

(Beifall von der CDU)

Dazu einige Beispiele. Bereits beschlossene Steleneinsparungen bei den Verwaltungsrichtern sollen nach dem Willen von Rot-Grün um fünf Jahre verschoben werden, weil es dort zuletzt mehr Fälle gab als im Vorjahr. Dabei übersehen SPD und Grüne leider vollständig, dass nicht in allen Gerichtsbarkei-

ten ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen ist. In Zivilsachen, vor allem in Familiensachen, und in Strafsachen waren die Eingänge im Jahr 2012 ebenso rückläufig wie bei der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit. In der Arbeitsgerichtsbarkeit waren im Jahr 2012 sogar über 10.000 Eingänge weniger zu verzeichnen als drei Jahre zuvor.

Vor diesem Hintergrund wäre es aus Sicht der CDU-Fraktion richtig gewesen, Mehrbedarfe bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch eine Umschichtung von Personal aus den weniger belasteten Gerichtsbarkeiten vorzunehmen, anstatt die Realisierung von kw-Vermerken bis in die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Einzelplan 04 haben SPD und Grüne zudem vorgeschlagen, die Eingangssicherung in den Gerichtsgebäuden künftig nicht mehr durch private Sicherheitsdienstleister, sondern durch justizeigenes Personal sicherzustellen.

(Nadja Lüders [SPD]: Jawohl!)

Damit soll nach dem Willen der Landesregierung die Sicherheit in den Gerichten erhöht werden.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Dass sich durch diese Maßnahme tatsächlich ein Zuwachs an Sicherheit erzeugen lässt, darf dann doch bezweifelt werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an letzte Woche, als einem 61-jährigen mutmaßlichen Raubmörder die Flucht aus dem Landgericht in Kleve gelang – und zwar trotz Bewachung durch justizeigenes Personal.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD] – Weiterer Zuruf)

Zudem tun Sie gerade so, als ob die bestehenden Verträge mit privaten Sicherheitsunternehmen von heute auf morgen beendet werden könnten. Haben Sie den Aspekt der Vertragslaufzeiten vergessen? Was ist mit den Arbeitnehmerinteressen? Komplette vergessen? Dass ausgerechnet die SPD-geführte Landesregierung dies nicht bedacht hat, ist aus meiner Sicht mehr als verwunderlich.

(Beifall von der CDU)

Auch die Ergänzungen, die die Landesregierung mit Drucksache 16/4300 selbst an ihrem Haushaltsentwurf vorgenommen hat, vermögen nicht zu überzeugen. So wurde uns im Rechtsausschuss erläutert, dass wegen Schadensersatzansprüchen ehemaliger Sicherungsverwahrter insgesamt 0,71 Millionen € mehr in den Justizhaushalt eingestellt worden seien. Dieses Prozessrisiko müsse, so das Ministerium im Ausschuss wörtlich, von einem seriösen Haushälter eingepreist werden.

Dann darf ich aber doch die Frage stellen, wo Sie das Prozessrisiko für die bereits anhängige Normenkontrollklage von CDU und FDP eingepreist haben. Da scheint mir der seriöse Haushälter der Landesregierung doch ein ganz erhebliches Pro-